

Politische Berichte



- 3 Aufruf zur Demonstration nach Berlin und Stuttgart**
- 4 Freiheit verteidigen!**
- 7 Solidarität mit der Antikriegsbewegung in den USA**
- 10 Russland nach dem 11. September**
- 15 Europäischer Bürgerkongress in Lüttich**
- 21 PDS-Parteitag in Dresden**



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansen.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24 00 94 68, Fax: 030 / 24 00 94 69

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

UN-KINDERRECHTSKONVENTION.

Zum Beschluss des Bundestages, Vorbehalte der Bundesregierung gegen die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention zurückzunehmen, erklärt die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Heidemarie Lüth (PDS): Am 27. September beschloss der Bundestag erneut mehrheitlich die Empfehlung des Petitionsausschusses und überwies mit den Stimmen der Koalition, der FDP und der PDS, gegen die Stimmen der CDU/CSU eine Petition zur Berücksichtigung an die Bundesregierung und an die Ländervertretungen. Mit ihr wird die Rücknahme der deutschen Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention und deren volle Umsetzung im deutschen Ausländer- und Asylrecht gefordert. Sie war bisher an der Haltung des Bundesinnenministers gescheitert. 1992 unterzeichnete die Kohl-Regierung die UN-Konvention, allerdings mit der Einschränkung, dass dem Kindeswohl nur dann Vorrang vor allen staatlichen Entscheidungen einzuräumen sei, wenn weder Ausländer noch Asylrecht davon berührt werden. Bereits 1999 hatte der Bundestag eine Entscheidung zur Rücknahme der Vorbehalterklärungen getroffen, in deren Ergebnis nicht das Innenministerium eine Rücknahme geprüft hat, sondern sich Schily erst Rückendeckung bei den Ländern holte und gegen das Votum des Bundestages entschied. Stellte sich damit vor zwei Jahren die Frage, ob der Innenminister sich in dieser Entscheidung mangels Macht hinter den Ländern versteckt, ist heute eindeutig, allein das Abwinken des Ministers reicht, um unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Asylverfahren ebenso wenn nicht noch unwürdiger zu behandeln als Erwachsene. So werden sie u. a. zwangsgeröntgt, um das Alter feststellen zu können.

VERFASSUNGSFEINDE. Die FDP-Fraktion hat den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (14/6962) vorgelegt, um den Artikel 15 „Sozialisierung“ ersatzlos zu streichen. Der Artikel besagt, dass Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel „zum Zwecke der Vergesellschaftung“ per Gesetz in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden können. Die Streichung würde den Erfahrungen Rechnung tragen, die seit 1949 auch weltweit mit Vergesellschaftungen als wirtschaftspolitischem Instrument gemacht worden seien, heißt es zur Begründung. Der Zusammenbruch der DDR dürfte bewirken, so die FDP, dass auch längerfristig Sozialisierungsforderungen in Deutschland keine Bedeutung in der politischen Auseinandersetzung gewinnen werden. Alle bedeutenden politischen Kräfte seien sich in ihrer Unterstützung der marktwirtschaftlichen Ordnung auf der Grundlage im Privateigentum stehender Wirtschaftsunternehmen einig. Durch ei-

ne Streichung würde der Gesetzgeber seine Achtung vor dem Eigentum und dem verantwortungsvollen Umgang damit ebenso dokumentieren wie die Überzeugung, dass sich wirtschaftspolitische Ziele mit der Vergesellschaftung unter anderem von Produktionsmitteln nicht erreichen lassen, heißt es in dem Gesetzentwurf. (Pressedienst des Bundestags: www.bundestag.de/aktuell/hib)

TARIFBINDUNG. SPD und B90/Grüne haben einen Antrag (14/6982) zur Verpflichtung auf „Tariftreue“ eingebbracht. Öffentliche Auftragsgeber sollen verpflichtet werden, Bau- und Verkehrsdiestleistungen nur an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Abgabe des Angebotes verpflichten, die am Ort der Leistungsausführung einschlägigen Lohn- und Gehaltstarife zu zahlen. Um ein Aufblähen der Bürokratie zu verhindern, sei eine Bagatellklausel vorzusehen. Unternehmen, die sich nicht an die Tarife halten, sollten mit Vertragsstrafen, einer Kündigung des Vertrages und dem zeitlich befristeten Ausschluss von weiteren öffentlichen Aufträgen belegt werden. Zur Begründung heißt es, im Bau- und Dienstleistungssektor führe der zunehmende Einsatz von Billiglohnkräften zu starken Wettbewerbsverzerrungen. Viele Unternehmen sähen sich unter zunehmendem Lohnkostendruck. Besonders betroffen seien tarifgebundene Arbeitsplätze. Eine ähnliche Entwicklung erwarten SPD und Bündnisgrüne für den öffentlichen Personennahverkehr. Auch hier drohe ein rigoroser Preiswettbewerb die Qualität der Verkehrsdiestleistungen und die Sicherheit der Arbeitsplätze zu gefährden. (www.bundestag.de/aktuell/hib)

KRIEGSSCHIFFE. Die Bundesregierung hat Ausfuhrbewilligungen für die Lieferung von drei U-Booten und vier unbewaffneten Korvetten im Auftragswert von rund 2,4 Milliarden DM durch deutsche Lieferkonsortien an Südafrika übernommen. Dies berichtet sie in ihrer Antwort (14/6958) auf eine Kleine Anfrage der PDS-Fraktion (14/6770). Nähere Angaben zu diesen Geschäften sei aus Gründen des gesetzlich gewährleisteten Schutzes der Vertraulichkeit nicht möglich, heißt es darin weiter. Nach Auffassung der Regierung gibt es im Übrigen keine Rechtsgrundlage für ein umfassendes Moratorium im Sinne des Stopps aller Rüstungslieferungen bzw. dafür, entsprechende Ausfuhrgenehmigungen nach Südafrika generell zu versagen. Das Geschäft ist Teil eines umfassenden Rüstungsprogramms Südafrikas. Nichtregierungsorganisationen vor allem auch in Südafrika hatten es kritisiert wegen Korruptionsverdachts und gefordert, keine Verträge abzuschließen, bis eine von der Regierung auf öffentlichen Druck eingesetzte Kommission diese Vorwürfe geklärt habe. Die Bundesregierung gibt zu, dass sie diese Kritik kennt, will aber dennoch bürgern.

Aufruf zu bundesweiten Demonstrationen und Kundgebungen am 13. Oktober 2001 in Berlin und Stuttgart

Kein Krieg! Aufstehen für den Frieden! Für Solidarität und soziale Gerechtigkeit!

Der Schock nach den Attentaten von New York und Washington sitzt noch immer tief. Unsere Anteilnahme und Solidarität gilt den Angehörigen der Opfer dieser menschenverachtenden Taten.

Selbstverständlich müssen die Schuldigen ermittelt und mit rechtsstaatlichen Mitteln zur Verantwortung gezogen werden. Es darf aber keine Vergeltungsschläge oder andere Militäraktionen gegen irgendein Land geben, weil diese sich immer auch gegen die Zivilbevölkerung richten.

Wir warnen vor einer Aufspaltung in eine „zivilisierte“ und eine „unzivilisierte“ Welt. Das würde die Gräben nur noch weiter vertiefen.

Ein neuer Krieg vergrößert das Leid unschuldiger Menschen und bringt neuen Hass und neuen Terror hervor. Schon jetzt hat die Androhung militärischer Gewalt zu millionenfachem Flüchtlingselend in Afghanistan geführt. Mehr denn je gilt: Krieg kann keine Konflikte lösen.

Langfristig wird der Terrorismus nur zu bekämpfen sein, indem ihm der wirtschaftliche, soziale politische und ideo-logische Nährboden entzogen wird, auf dem er gedeiht.

Kein Raketenabwehrsystem, keine noch so gut gerüstete Armee und keine noch so großen inneren Sicherheitsmaßnahmen werden uns vor den neuen Formen des Terrors schützen können. Mehr Sicherheit erreichen wir nur durch Abrüstung, den Ausbau ziviler Konfliktlösungsinstrumente, die Stärkung des internationalen Rechts und durch mehr soziale, ökologische und wirtschaftliche Gerechtigkeit in der Welt.

Lassen wir nicht zu, dass in unserer Gesellschaft das friedliche Zusammenleben verschiedener Kulturen und Religionen zerstört wird. Wehren wir uns gegen Tendenzen, unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung immer mehr Grund- und Freiheitsrechte einzuschränken (z.B. durch die geplante erweiterte Rasterfahndung, verschärzte Kontrollen, Bespitzelung der Bevölkerung).

Wir sagen NEIN zu Vergeltung, Krieg und Militäreinsätzen.

Wir sagen NEIN zu militärischen Einsätzen der Bundeswehr.

Wir sagen NEIN zur Aufrüstung der Bundeswehr als Interventionsarmee.

Keine Demontage- von Grund- und Freiheitsrechten!

Gegen Ausländerfeindlichkeit, Ras-

sismus und Ausgrenzung!

Tragen wir dazu bei, die Spaltung der Welt zu überwinden.

13. Oktober 2001

Berlin:

13.00 Uhr Auftakt am Brandenburger Tor und vor dem Roten Rathaus

Anschließend Demonstration

14.30 Kundgebung am Gendarmenmarkt

Stuttgart:

10.00 Uhr Mahnwache am EUCOM

12.30 Uhr Auftakt am Hauptbahnhof

14.00 Uhr Kundgebung auf dem Schlossplatz

Trägerkreis der Demonstration (Stand: 3. Oktober 2001):

Attac Deutschland • Bundesverband Bürgerinitiativen (BBU) • Berliner Friedenskoordination (FRIKO) • Bund für Soziale Verteidigung (BSV) • Bund demokratischer WissenschaftlerInnen-BdWi • Bundesausschuss Friedensratschlag • BundesSchülerVertreterInnen • Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner DFG-VK • Deutscher Friedensrat • DIDF • Europäisches Friedensforum • Gesellschaft für Bürger- und Menschenrechte e.V. • Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V. • IG Metall-Jugend • IPPNW • Komitee für Grundrechte und Demokratie • Manuel Parrondo, stellv. Vorsitzender Bundesausländerbeirat • NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Friedens- und Zukunftsfähigkeit“ • Netzwerk Friedenskooperative • Ökumenische Aktion Ohne Rüstung Leben • Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden • PädagogInnen für den Frieden • pax christi – deutsche Sektion • Service Civil International – Deutscher Zweig e.V. • [solid] die sozialistische jugend • Sozialistische Jugend Deutschlands – die Falken • ver.di-Jugend • Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA)

Spendenkonto

Deutscher Friedensrat e.V.

Konto Nr. 43 857 671 00

Berliner Bank AG

BLZ 100 200 00

Stichwort: „Spende 13.10.“

Organisationsbüro

Tel.: 030/2093-1743

Fax: 030/2093-1752

e-mail: demo1310@web.de

Weitere Informationen

www.Friedensratschlag.de

www.Friedenskooperative.de

Sein Sonntag Abend greifen US- und britische Truppen Afghanistan an.

Diese ersten Angriffe sind erst der Beginn eines wahrscheinlich langen Krieges. In der Verfolgung des erklärten Ziels, der Zerschlagung terroristischer Netzwerke, werden die USA und ihre Verbündeten den eigenen Verlautbarungen zufolge nicht nur Afghanistan angreifen, sondern eine Anzahl weiterer Länder, die sie zu Unterstützerstaaten erklären, werden sie sich auf lange Zeit in Zentralasien und im Mittleren Osten militärisch festsetzen. Der Angriff auf Afghanistan droht die ganze Region zu destabilisieren und schafft damit zugleich immer neue Vorwände, die Militärpräsenz zu verstärken. Die Gefahr nicht mehr kontrollierbarer Eskalation ist groß.

Die Bundesregierung nimmt an den eigentlichen Angriffsaktionen noch nicht teil, unterstützt sie aber „ohne Vorbehalt“ und ist mit logistischer Hilfe am Angriffskrieg auch schon beteiligt. Derzeit verhandelt Schröder während seines Kurzbesuches in den USA über darüber hinausgehende militärische „Beiträge“ der BRD. Viel spricht dafür, dass die US-Regierung den Einsatz des Kommandos Spezialkräfte (KSK) schon vor einiger Zeit angefragt hat. Da nach den jetzigen Bombardierungen bald geheime Kommandounternehmen erwartet werden, ist der Einsatz der KSK schon in Kürze nicht auszuschließen. Auch wenn fast nichts darüber zu lesen war, war das KSK, die Elitetruppe der Bundeswehr, in den letzten Jahren fünfmal eingesetzt, u.a. zur Festnahme mutmaßlicher Kriegsverbrecher auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawien. Diese Aktionen konnten deshalb geheim gehalten werden, weil das KSK entgegen dem Verfassungsgerichtsurteil vom 12.7.1994 ohne vorherigen Bundestagsbeschluss eingesetzt werden kann, weil man sich darauf verständigt hat, dass der bei „Gefahr im Verzuge“ auch im Nachhinein abstimmen könne.

Opfer des Angriffs auf Afghanistan ist die afghanische Zivilbevölkerung. In den Städten ist sie den Bomben schutzlos ausgeliefert. Hundertausende sind auf der Flucht und nach 22 Jahren Bürgerkrieg, einer langen Dürreperiode und ange-sichts des Abzugs der Hilfsorganisa-tionen jetzt von einer gewaltigen Hunger-katastrophe bedroht. Der Abwurf von Es-sensrationen soll zum einen die Öffent-lichkeit in den kriegführenden Ländern über die Absichten des Kriegsführung täu-schen. Zum anderen, so berichten Ent-wicklungshelfer in Pakistan, werden die Nahrungsmittel gezielt im Osten abge-worfen, wo Widerstand gegen die Taliban vermutet wird und angestachelt werden soll. Auch mit der Aufrüstung und Unter-stützung der sog. „Nordallianz“ zielen die USA darauf ab, die Taliban vor allem durch innerafghanische Machtkämpfe und das Anfachen des Bürgerkrieges zu stürzen – und damit die Leiden der Zivil-bevölkerung endlos zu steigern.

scc

Freiheit verteidigen!

oder: Notstandspolitik ohne Notstand?

Bundeswehreinsatz im Innern

Bayerns Regierungschef Stoiber und Bundesinnenminister Schily haben unmittelbar nach dem Anschlag erklärt, die Bundeswehr müsse notfalls auch im Innern zur Sicherung von Flughäfen oder herausgehobenen Einrichtungen eingesetzt werden. Dies ist klar verfassungswidrig. Verfassungsfeindlich ist auch der Vorschlag des SPD-Verteidigungsexperten Helmut Wieczorek, Einheiten von Bundeswehr und Bundesgrenzschutz in Zusammenarbeit mit den Nachrichtendienst zu einer „neuen Art von Nationalgarde“ zusammenzufassen. In einem Rechtsstaat haben Soldaten bei polizeilichen Aufgaben nichts zu suchen. Die Aufhebung der Trennung von Polizei, Militär und Geheimdiensten führt zu einer neuen „Geheimen Staatspolizei“.

Trotzdem hat die Konferenz der Innenminister am 18.9.2001 beschlossen: „Verstärkter Einsatz der Bundeswehr zum Schutz militärischer Einrichtungen einschließlich der Prüfung der rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für eine Unterstützung durch die Bundeswehr einschließlich der Prüfung der rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für eine Unterstützung durch die Bundeswehr im Objektschutz an weiteren gefährdeten Objekten für den Fall, dass eine erhebliche Verschärfung der Sicherheitslage eine Dauerpräsenz durch die Länderpolizeien und den Bundesgrenzschutz unmöglich erscheinen lässt.“ (Presseerklärung des Landesinnenministeriums Sachsen-Anhalt zu den Ergebnissen der Tagung, Magdeburg, 18.9.2001)

Das ist eine Politik, die den Notstand vorbereitet und herbeiredet, ohne dass dieser durch den Bundestag erklärt worden wäre.

Ausbau des Bundesgrenzschutzes

Bundesinnenminister Otto Schily hat angekündigt, den Bundesgrenzschutz um mehrere Hunderttausen verstärken zu wollen. Hierfür gibt es allerdings keinen akzeptablen Grund. Die über 38 000 Beamten und Angestellten des Bundesgrenzschutzes sind mehr als ausreichend für Aufgaben wie den Objektschutz oder die Sicherung des Flugverkehrs. Wenn Schily mehr Beamte für diese Aufgaben benötigt, dann soll er diese von anderen Aufgaben abziehen, zum Beispiel von der sicherheitspolitisch völlig überflüssigen Schleierfahndung an Bahnhöfen gegen Flüchtlinge. Seit Jahren sind zahlreiche BGS-Beamte einzig und allein damit beschäftigt, an Bahnhöfen und in Zügen die Papiere von Flüchtlingen zu kontrollieren und diese zu schikanieren. (...) Wenn diese BGS-Beamten also zu vernünftigen Aufgaben abgeordnet würden, wäre damit allen gedient. (...)

Aus dem Artikel der PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke dokumentieren wir (gekürzt) eine Übersicht über die Vorhaben, die die staatlichen Organe der BRD bzw. EU nach dem 11.9. unter dem Stichwort „Bekämpfung des Terrorismus“ in Angriff genommen haben.

Flugsicherung

Hier wird über den eigentlich naheliegenden Vorschlag, das Cockpit abzuschließen, um jedes Eindringen aus dem Passagierteil unmöglich zu machen, fast gar nicht diskutiert. Die Airlines müssten dafür nämlich umbauen, die Cockpits vergrößern, den Passagierteil verkleinern, hätten also sinkende Erlöse und steigende Kosten. Kurz nach dem Anschlag haben Schily und Verkehrsminister Bodewig statt dessen eine Verschärfung der Gepäck- und Passagierkontrollen und eine intensive Sicherheitsüberprüfung des Personals vereinbart. Das halte ich alles im Prinzip für vertretbar und akzeptabel.

Die Bundesregierung hat aber Ende September dem Bundesrat den Entwurf einer Verordnung „zur Regelung des Verfahrens der Zuverlässigkeitüberprüfung auf dem Gebiet des Luftverkehrs“ vorgelegt (Bundesratsdrucksache 726/01), der zu einer enormen Ausschnüffelei und Repression gegen viele Tausende Beschäftigte und zu einem ebenso enormen Machtzuwachs der Nachrichtendienste führt. Die Länderkammer hat dennoch der Verordnung im Prinzip zugestimmt, aber weitere Verschärfungen gefordert. Wenn die Bundesregierung sie aufnimmt, kann die Verordnung bald in Kraft treten.

Alle im Zusammenhang mit Flughäfen und Luftverkehr beschäftigten Menschen werden dann jährlich (im Regierungsentwurf war noch ein Abstand von fünf Jahren vorgesehen) einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen. Dazu gehören Regelanfragen bei allen Nachrichtendiensten und sogar bei der Stasi-Behörde in Berlin. Wer innerhalb der letzten zehn Jahre wegen einer Straftat verurteilt wurde oder bei einem der Nachrichtendienste als „Extremismus-verdächtig“ galt, soll als „unzuverlässig“ eingestuft und entlassen werden. Tausende von Beschäftigten im Luftverkehr werden damit einer Totalausforschung unterworfen, wie sie sonst nur in extrem sicherheitsrelevanten Sektoren üblich ist. Ebenso gut könnten alle Reinigungskräfte dieser Republik einer solchen exzessiven Sicherheitskontrolle und Ausforschung durch die Nachrichtendienste unterworfen werden, wenn irgendwo ein als Reinigungskraft getarnter Attentäter eine Bombe in einem Hochhaus deponiert.

Trotzdem und obwohl Datenexperten bereits darauf hingewiesen haben, dass die Datenmenge, die nun bei den Sicherheitsdiensten und Luftverkehrsfirmen hin- und hergeschoben werden wird, kaum zu überschauen sein dürfte, geschweige denn auszuwerten ist, muss damit gerechnet werden, dass die Verordnung schon bald in Kraft tritt. Die Nachrichtendienste bekommen damit Zugriff auf alle Beschäftigten Daten im Luftver-

kehr. Zugleich ist zu befürchten, dass Daten der Nachrichtendienste mit denen privater Firmen im Luftverkehr vermischt werden.

Diskutiert wird derzeit noch über die Einführung von „Luftmarshalls“, also bewaffneter Begleiter in den Flugzeugen. Die Airlines wollen hierfür, wenn überhaupt, eigene Sicherheitsleute einsetzen, um die Kosten niedrig zu halten. Problem: Damit kommen genau die Waffen an Bord, die eigentlich aus Sicherheitsgründen aus den Flugzeugen ferngehalten werden sollten – mit allen damit verbundenen Risiken.

Neuer § 129b StGB

Unmittelbar nach den Anschlägen hat Schily angekündigt, einen neuen § 129b ins Strafgesetzbuch einführen zu wollen, angeblich um „terroristische Vereinigungen“, die ihren Sitz im Ausland haben, besser verfolgen zu können. Inhalt der Bestimmung ist, dass die Vorschriften der betrüchtigten §§ 129 und 129a StGB auch auf die „Werbung“ für terroristische Vereinigungen ausgedehnt werden soll, die nicht im Inland aktiv sind.

(...) (Siehe auch PB 20) Die Länderkammer hat auf ihrer Sitzung am 27. September 2001 dem Vorhaben im Prinzip zugestimmt. Allerdings fordert der Bundesrat weitere Gesetzesänderungen mit dem Ziel, dass alle Bestimmungen, die derzeit in Bezug auf inländische kriminelle oder terroristische Vereinigungen gelten, künftig auch kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland erfassen. Dies hätte etwa eine Zuständigkeitskonzentration beim Generalbundesanwalt und die Durchführung von „Lauschangriffen“ auch gegen ausländische Vereinigungen zur Folge.

(...)

Das 31-Punkte-Paket der Verfassungsschützer

Der sogenannte „AK-4“ der Innenministerkonferenz, das sind die Fachbeamten der Innenministerien für die Verfassungsschutzämter, berät über ein 31-Punkte-Papier, das wohl schon lange vor New York von den Schlapphüten ausgearbeitet worden war. Jetzt wird anscheinend die Gelegenheit für günstig gehalten, um alles durchzupeitschen.

Geplant ist nach Presseberichten unter anderem, dass künftig auch die Daten von 14-jährigen Kindern erhoben und gespeichert werden sollen. V-Leute des Verfassungsschutzes sollen sich künftig auch an „schwereren“ Straftaten beteiligen dürfen. Postdienstunternehmen sollen verpflichtet werden, jede „auffällige“ Brief- oder Paketsendung an die Nachrichtendienste zu melden. Die Sanktionen bei „terroristischen Straftaten“ sollen ver-

schärft, die Ausweisung noch mehr erleichtert werden. Die G-10-Verfahren, mit denen den Nachrichtendiensten das Abhören von Telefonen erlaubt wird, sollen noch mehr beschleunigt werden, der Einsatz technischer Mittel beim Lauschangriff auf Wohnungen ausgeweitet werden.

Schon jetzt ist die Bundesrepublik Weltmeister beim Abhören. (...)

Rasterfahndungen gegen alles, was islamisch ist oder sein könnte

In mehreren Bundesländern schon angelaufen sind zudem Rasterfahndungen. Dabei handelt es sich um einen Abgleich großer Massen von persönlichen Daten unschuldiger Menschen durch Polizei und Geheimdienste, angeblich, um auf diese Weise sogenannte „Schläfer“ oder andere Verdächtige zu finden. Zahlreiche Hochschulen wurden aufgefordert, alle Daten von Studierenden aus islamischen oder mehrheitlich islamischen Ländern oder mit islamischem Glauben an die Polizei weiterzureichen. Dies bedeutet einen Generalverdacht gegen alle islamischen Menschen. Die massenhafte Weitergabe ihrer Daten an Polizei und Geheimdienste verstößt ganz eindeutig gegen den Datenschutz und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Unter der demagogischen Parole „Datenschutz darf kein Täterschutz sein“ versuchen Schily und Kollegen, diese Praxis trotzdem überall durchzuziehen.

Verstärkte Befugnisse der Sicherheitsbehörden

Die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden, besonders des Verfassungsschutzes, des Bundeskriminalamtes und des Bundesgrenzschutzes, sollen nach den Anfang Oktober 2001 bekannt gewordenen Plänen des Bundesinnenministeriums für ein zweites „Sicherheitspaket“ stark ausgeweitet werden.

So soll der Bundesgrenzschutz die verdachts- und anlassunabhängigen Kontrollen („Schleierfahndung“) nicht mehr nur in einer Zone von 30 km von der Grenze entfernt durchführen können, sondern die Kontrollzone soll auf 50 km verbreitert werden.

Die Banken sollen grundsätzlich zur Auskunft gegenüber dem Bundeskriminalamt verpflichtet sein (siehe dazu den Abschnitt „Bankgeheimnis“). Auch die Überwachung der Kommunikation im Internet sowie über Funkleitungen soll gesetzlich erweitert werden.

(...)

Kronzeugenregelung

Der Bundesinnenminister will die Kronzeugenregelung, die 1999 wegen der zahlreichen rechtsstaatlichen Bedenken ausließ, für „Terroristen“ wieder einführen. Eine Person, die schwerer Straftaten be-

schuldigt wird, könnte sich dann mit Aussagen gegen Mittäter zumindest einen erheblichen „Strafnachlass“ erkaufen.

Die früheren Kronzeugenregelungen sind jedoch aus gutem Grund nicht entfristet worden. In Berlin wird derzeit noch in einem Strafverfahren, dem so genannten RZ-Verfahren, nach dem alten Recht verhandelt. Wer den Prozess beobachtet, kann feststellen, dass Kronzeugen nicht immer die Wahrheit sagen. „Sie stehen un-

- Von Visa-Antragstellern aus „Problemstaaten“ sollen Fingerabdrücke genommen, Besucher aus bestimmten Staaten obligatorisch auch durch die Landesämter für Verfassungsschutz überprüft werden.

- Im Ausländerzentralregister soll künftig auch die Religionszugehörigkeit erfasst werden.
- Asylsuchende sollen von den Sicherheitsbehörden im Rahmen der laufenden Asylantragsverfahren daraufhin überprüft werden, ob sie „Verdächtspersonen der terroristischen oder extremistischen Szene“ sind; ihre Fingerabdrücke sollen automatisch mit „offenen Tatortspuren der AFIS-Datei im Bundeskriminalamt“ verglichen werden (aus den Beschlüssen der Innenministerkonferenz vom 18.9.2001). Fingerabdrücke und Aufnahmen von Sprachanalysen sollen nicht mehr sofort nach Abschluss des Asylverfahrens vernichtet, sondern bis zu zehn Jahre lang aufbewahrt werden.

- Allein der Verdacht, dass ein Flüchtling eine schwere Straftat begangen haben könnte, soll dazu führen, dass er abgeschoben wird, auch wenn er als politisch Verfolgter anerkannt worden ist.

Entsprechende Vorschriften aus dem umstrittenen Referentenentwurf für ein Zuwanderungsgesetz sollen nach den Plänen der Bundesregierung vorgenommen werden, obwohl gar nicht klar ist, ob es in dieser Legislaturperiode ein Zuwanderungsgesetz geben wird.

Der Kurs, den Otto Schily und die Bundesregierung in der Zuwanderungspolitik fahren, wird jetzt besonders augenfällig: Repression jetzt – Integration am Sankt-Nimmerleins-Tag! (...)

Menschenrechtswidrig ist der geplante Umgang mit Asylsuchenden: Opfer von Verfolgung, die mit Müh und Not dem Repressionsapparat ihrer Herkunftsstaaten entronnen sind, werden ausgespäht, überwacht, kontrolliert. Menschenrechte gelten in den Augen der Bundesregierung offenbar nur noch für Deutsche. Der Plan, auch anerkannte Asylberechtigte alleine beim Vorliegen eines bloßen Straftatverdachts abzuschlieben, würde die Unschuldsvermutung für Flüchtlinge außer Kraft setzen. Eine solche Regelung würde im übrigen gegen Völker- und Verfassungsrecht verstößen.

Ob es jemals ein Einwanderungsgesetz geben wird, weiß niemand. Das ist der Bundesregierung inzwischen egal. Hauptache, die Repression wird Gesetz. Terroristen kann man dadurch nicht abschrecken. Aber man stempelt eine ganze Bevölkerungsgruppe zu Kriminellen und schafft damit in der Öffentlichkeit das gewünschte Klima, um Einwanderinnen



In zahlreichen Städten und Orten der BRD demonstrierten am Abend der Angriffe Hunderte (oben: Hamburg), am Tag darauf viele tausend Menschen gegen die Bombardierung afghanischer Städte und die Escalation der Gewalt durch die USA und ihre Verbündeten. (Unten: Berlin)

ter dem Druck, ihre Aussage durch die Belastung anderer aufzuwerten; sie verfolgen eigene Interessen, die eine Wahrheitsfindung systematisch behindern“ (Heiner Busch).

Verschärfungen in der Überwachung von Ausländerinnen und Ausländern

In den verschiedenen „Sicherheitspaketen“, die derzeit von der Bundesregierung geschnürt werden, sind besonders zahlreiche Repressionsmaßnahmen gegen Migrantinnen und Migranten vorgesehen. Dazu zählen unter anderem (siehe auch „Tagesspiegel“ vom 7.10.2001: „Schilys Vollprogramm“):

- In das Ausländerrecht soll eine Bestimmung eingebaut werden, wonach „Terrorismus- und Extremismusverdacht“ zwingender Versagungsgrund bei der Visaerteilung wird.

und Einwanderer zu rechtlosen Objekten staatlichen Handelns machen zu können.

Deutsche Polizei in die Moscheen?

In die gleiche Richtung geht die schon eingeleitete Abschaffung des sogenannten „Religionsprivilegs“ im Vereinsrecht. Faktisch läuft dieser Schritt auf Verbote gegen islamische Vereine nach dem Muster des PKK-Verbots und mit allen von da bekannten Folgen hinaus – bis dahin, dass am Ende deutsche Polizei in den Moscheen die Einhaltung des Verbots kontrolliert.

Bei dem sogenannten „Religionsprivileg“ handelt es sich um die Regelung in § 2 Abs. 2 Nr. 3 des Vereinsgesetzes, wonach Religionsgemeinschaften und andere weltanschauliche Vereinigungen nicht unter das Vereinsgesetz fallen (dasselbe Privileg gilt auch für Fraktionen des Deutschen Bundestages). Nach Aussage Schillys ist die Abschaffung dieses Privilegs notwendig, um radikal-islamistische Organisationen besser verbieten zu können. Auch die Grünen stimmen der Abschaffung dieser Bestimmung bereits zu. Der Bundesrat hat gestern den Regierungsentwurf zur Änderung des Vereinsgesetzes bereits in erster Lesung beraten, jetzt kommt die Sache in den Bundestag.

In dieser Frage gibt es auch in der PDS verschiedene Meinungen. Ich bin gegen die Abschaffung des Religionsprivilegs. Zum einen stellt die Maßnahme alle Religionsgemeinschaften unter den Generalverdacht, etwas mit Terroristen zu tun zu haben. Aus diesem Grund ist zumindest zu prüfen, ob sich das vereinsrechtliche Religionsprivileg nicht zwingend aus dem besonderen Schutz für Religionsgemeinschaften nach Art. 140 des Grundgesetzes in Verbindung mit Art. 137 der Weimarer Reichsverfassung ergibt.

Zum anderen erweckt die Maßnahme den Eindruck, dass „der Islam“ ein gerau zu mörderisches Glaubensbekenntnis darstelle.

Sofern es sich um offensichtlich politisch motivierte und nur religiös getarnte Vereine handelt, können diese auch bisher schon verboten werden.

In der Öffentlichkeit beruft sich Schily bei seinem Gesetzentwurf bisher im wesentlichen auf das Verfahren vor dem OLG Düsseldorf gegen den in Köln residierenden islamisch-extremistischen Kaplan-Verband. Dieser Verband mit etwa 1.500 Mitgliedern (so der VS-Bericht 2000) will einen „Kalifatstaat“ errichten und propagiert das wohl auch ziemlich offen. Der Vorsitzende des Verbandes ist im November 2000 vor allem wegen Mordes zu 4 Jahren Haft verurteilt worden und sitzt im Gefängnis. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, mit einer Entscheidung des BGH ist bald zu rechnen. Wichtig ist aber: In der Urteilsbegründung wird entgegen Schillys Darstellung keineswegs die Forderung nach Aufhebung des Religionsprivilegs im Vereinsrecht erhoben. Dort finde ich nur den Vorwurf des Gerichts, die Behörden hätten bei den Umtrieben dieses Verbandes zu lange weggeschaut, und

die Forderung nach besseren Ermittlungsvollmachten für die Staatsanwaltschaften im Allgemeinen und die Generalbundesanwaltschaft im Besonderen.

Im Visier der Staatsschützer ist auch der Verband „Milli Görüs“ mit ca. 27.000 Mitgliedern laut VS-Bericht. Das ist der Verband der hier lebenden Anhänger der islamischen früheren „Wohlfahrtspartei“ und heutigen „Tugendpartei“ in der Türkei. Hier drängt vor allem das Regime in der Türkei schon lange auf härtere Verfolgung, wegen ihrer allgemeinen Repressionslinie gegen den „Fundamentalismus“. Der deutsche Staatsschutz sagt bisher, man könne keine Verbindungen von Milli Görüs oder Teilen des Verbands zu terroristischen Aktivitäten beweisen, Sprecher von Milli Görüs bestreiten auch solche Verbindungen immer wieder heftig.

Gerade an diesem Beispiel wird jedoch die Problematik deutlich, die sich durch ein Streichen des „Religionsprivilegs“ ergeben kann. Zu einem Verbot eines Vereins nach dem Vereinsgesetz reicht schon aus, dass die Organisation gegen „erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ verstößt. Dazu können auch außenpolitische Interessen gehören. Es besteht also die ganz konkrete Gefahr: Sobald das Religionsprivileg abgeschafft ist, werden von den türkischen Generälen in Ankara die Verbotsforderungen gegen Milli Görüs auf den Tisch kommen und die deutschen Behörden die Organisation, obwohl eine Verbindung mit dem Terrorismus nicht nachgewiesen ist, aus außenpolitischen Interessen auflösen.

Soweit Straftaten vorliegen, greift das Strafrecht. Bei einem Vereinsverbot aber werden grundlegende Menschenrechte wie das auf Religionsfreiheit tangiert, es muss damit gerechnet werden, dass zur Durchsetzung dann Polizei in die Moscheen geschickt wird. Das können wir nicht wollen. Das wäre auch kontraproduktiv. Am Ende wären fundamentalistische Strömungen nicht geschwächt, sondern vermutlich gestärkt. Gegen extremistische Religionen hilft nur Aufklärung, Aufklärung und immer wieder Aufklärung.

(...)

Aufhebung des „Bankgeheimnisses“

Die Bundesregierung will auch das „Bankgeheimnis“ aufheben lassen. Damit sollen die Finanzierungsströme der Terroristen unterbrochen werden, um den „finanziellen Sumpf des Terrors auszutrocknen.“ Deshalb solle § 30a der Abgabenordnung abgeschafft werden. Dagegen kann man kaum etwas einwenden ... Nur: Es gibt gar kein „Bankgeheimnis“!

§ 30a der Abgabenordnung regelt den Schutz der Bankkunden und stellt in Absatz 1 das Prinzip fest, dass bei Ermittlungen „die Finanzbehörden auf das Vertrauensverhältnis zwischen den Kreditinstituten und deren Kunden besonders Rücksicht zu nehmen“ haben. Wenn es jedoch um Straftaten geht, ist jede Bank oder Sparkasse natürlich verpflichtet, die

Staatsanwälte mit den erforderlichen Informationen über seine Kunden zu versorgen. Auf ein Zeugnisverweigerungsrecht, wie es etwa für Anwälte oder Priester besteht, können Banker sich nicht befreien. Allerdings, und daran stören sich wohl die Streiter wider das Bankgeheimnis, dürfen Finanzämter und Strafverfolger bei den Banken nicht einfach „ins Blaue hinein“ ermitteln. Hier ist es wie beim Datenschutz: Wenn Informationen angefordert werden, müssen sie präzise umschrieben sein und einem klar definierten Zweck entsprechen. In diesem Rahmen macht das „Bankgeheimnis“ sehr wohl Sinn.

Es ist in Ordnung, wenn man Steuerhinterziehung, Waffenhandel und Drogenschmuggel auch durch Kontrolle der Finanzströme unterbinden will. Jedoch sollte man aufpassen, dass hier nicht Maßnahmen „draufgesattelt“ werden, die mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nichts mehr zu tun haben.

Anti-Terror-Pläne auf EU-Ebene

Nach den jüngsten Minister- und Gipfeltreffen der EU liegt hier ein ganzes Paket auf dem Tisch. Dazu gehören die Einführung eines EU-weiten Haftbefehls und der Aufbau einer Anti-Terror-Abteilung bei Europol: alle von den EU-Staaten als „terrorismus-relevant“ eingestuften Daten sollen bei Europol zentralisiert werden. Bis Mitte Oktober sollen Experten der nationalen Staatsanwaltschaften über eine engere Zusammenarbeit beraten, von einigen Regierungen wird bereits die Einführung einer EU-Staatsanwaltschaft propagiert.

Schließlich soll ein neues EU-weites Rahmenabkommen beschlossen werden, das Grundlage für schnellere Auslieferungen, den europäischen Haftbefehl und andere Vereinbarungen sein soll. Die im Entwurf zu diesem Rahmenabkommen enthaltene neue Definition von „Terror“ ist – laut Presse auf britisches und spanisches Betreiben – extrem weitgehend und zugleich extrem vage. (...) (Siehe dazu auch PB 20)

Schon am 6./7. Dezember wollen sich die Innen- und Justizminister der EU-Mitgliedsstaaten wieder treffen und das Rahmenabkommen dann eventuell schon verabschieden.

Ergebnis: Die „Sicherheitspakte“ bringen keine Sicherheit, sondern sind wie die Büchse der Pandora. Wenn die in ihnen enthaltenen Pläne Wirklichkeit werden, dann haben wir einen Überwachungsstaat wie noch nie in der Geschichte dieses Landes, dann sind schlimmste Befürchtungen aus den Zeiten des Streits um die Notstandsgesetze Wirklichkeit geworden. Dem müssen wir nach besten Kräften gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften, mit Menschenrechtler, Datenschützern, Flüchtlings- und Asylgruppen, MigrantInnen und vielen anderen entgegenwirken.

Ulla Jelpke (aus Platzgründen stark gekürzt)

Eine alternative Sicht – Solidarität mit der Antikriegsbewegung in den USA

Am 17. September 2001 fand an der Universität in Chapel Hill (North Carolina) eine Veranstaltung mit dem Titel: „Understanding the Attack in America: an Alternative View“ (Den Angriff auf Amerika verstehen: eine alternative Sicht) statt. Einer der Podiumsteilnehmer war William Blum, der vor etwa 700 Menschen den folgenden Beitrag hielt. William Blum ist ein bekannter Kritiker der amerikanischen Außenpolitik und Autor zahlreicher Beiträge und Bücher zu diesem Thema. Bereits wenige Tage nach der Veranstaltung wurde von konservativen Kräften eine öffentliche Kampagne gegen die Redner und Teilnehmer der Veranstaltung gestartet („Die Feinde Amerikas kommen in Chapel Hill zusammen ...“). Die Öffentlichkeit wird aufgefordert, bei der Universitätsleitung zu intervenieren und dafür zu sorgen, dass solche Meinungen nicht mehr zu Wort kommen.

Wir veröffentlichen den (gekürzten) Beitrag in einer eigenen – von William Blum nicht überprüften, aber autorisierten – Übersetzung (die Anmerkungen sind vom Übersetzer).

In der Rede William Blums werden einige sehr interessante Aspekte angespro-

chen. Er beschreibt unter anderem die Gleichschaltung der öffentlichen Meinung durch einen Mechanismus, von dem jede als Diktatur angesehene Gesellschaftsformation nur träumen könnte. Immerhin ist es äußerst bemerkenswert, dass die Meinungsfreiheit in den Vereinigten Staaten offenbar wesentlich ausgeprägter ist als in der Bundesrepublik Deutschland – kaum vorstellbar, dass eine solche Veranstaltung an einer deutschen Universität hätte stattfinden können. Blum weist zu Recht darauf hin, dass nicht nur Lehrer und Farmer interessengesteuert handeln, sondern auch Menschen, die Macht haben und im Wohlstand leben (früher haben wir dazu „herrschende Klasse“ oder „Bourgeoisie“ gesagt). Eine wirklich offene Frage bleibt für mich in diesem Zusammenhang, auf welche Weise aus erklärten Pazifisten Feldherren und Feldfrauen werden. Die Geschwindigkeit des Sittenverfalls kann einem wirklich auf den Magen und aufs Gemüt schlagen. Es ist zu befürchten, dass viele, die den Krieg, den unsere Regierung führt, vielleicht gerade noch zähneknirschend für die einzige Möglichkeit halten, um weiter in Frieden und Wohlstand zu

leben. Bei alledem dürfen wir jedoch die Kraft des Arguments und die latente Menschlichkeit der meisten Menschen niemals unterschätzen. Wenn man die Sendungen im Fernsehen aufmerksam verfolgt, fällt auf, dass es vielen Journalistinnen und Journalisten offensichtlich Übelkeit bereitet, gebetsmühlenartig immer den selben Mist zu verbreiten (Die harte Auseinandersetzung um Ulrich Wickert ist dafür nur ein Beispiel). Der Konsens, der so stark und unüberwindlich erscheint, ist in Wirklichkeit brüchig. Wir sollten den Schlachtrufen entgegenhalten, dass jeder getötete Mensch in Afghanistan und jeder Tote der NATO-Angriffe anderswo, jeder von den deutschen Besatzungstruppen gegängelte Mazedonier früher oder später schreckliche Opfer in den angreifenden Staaten kosten wird. Es gibt keine Alternative zum einseitigen Gewaltverzicht. Wenn man wählen kann, ob die Flugpreise in den Süden wegen angemessener Ölpreise für die breite Masse der Bevölkerung schwer bezahlbar werden oder ob man bei Fortdauer des westlichen Lebensstils Jahrzehnte von Krieg, Terror und Unglück will, sollte die Wahl doch nicht schwer fallen.

to

(...) Nach jetzt fast einer Woche Radio, Fernsehen und Zeitungsgeschichten über die schrecklichen Ereignisse von letztem Dienstag vermisste ich eine Sache am meisten: In den Medien und der amerikanischen Bevölkerung fehlt die Gewissensfrage nach dem Warum: Warum sind all diese Leute da draußen, die genug Hass auf Amerika haben, um zu tun, was sie getan haben? Allenfalls ein Satz hier, ein Satz dort, der auf die Frage hinweist, ... oder die Aussagen von einem oder zwei Menschen in der Dritten Welt, die gezeigt wurden, als sie ihrem Ärger Luft machten. Über dieses Thema habe ich keinen einzigen Artikel in der Washington Post¹ gefunden oder eine substanzielle Diskussion im Radio oder Fernsehen gehört. Es ist schon möglich, dass es da einiges in dieser Richtung gab, aber in diesem Fall würde ich gerne wissen, ob es in der Diskussion wirklich abweichende Meinungen gab.

Die Frage wurde mit Bemerkungen behandelt wie: „Gut, die können unsere Freiheit und Demokratie nicht ertragen – die greifen uns an, weil wir die Größten und Besten sind“ – oder einfach weil sie böse oder verrückt sind.

(...) 1998, nach der Bombardierung von zwei US-Botschaften in Afrika, wurde Richard Haass von „Brookings institution“², der heute ein hoher Beamter im Außenministerium ist, gefragt: „Was wol-



Bis zu 25 000 Menschen beteiligten sich am 29./30. September in Washington (Bild) und anderen US-Städten an den ersten Aktionstagen gegen Krieg und Rassismus

len diese Terroristen von den Vereinigten Staaten?“ Haass antwortete: „Na ja, die Antwort ist: Es ist nicht einfach etwas, das wir tun. Es ist, wer wir sind. Es ist die Tatsache, dass wir das mächtigste Land der Welt sind. Es ist die Tatsache, dass wir ein säkulares³ Land sind. (...) Es ist einfach, wer wir sind, und es ist unsere Existenz, die diese Leute stört.“

Zur selben Zeit sagte Präsident Clinton: „Amerikaner sind zum Teil deswegen Ziele des Terrorismus, weil wir daran ar-

beiten, Frieden und Demokratie voranzubringen, und weil wir geschlossen gegen den Terrorismus stehen“. Und letzte Woche sagte Verteidigungsminister Rumsfeld, dass sie uns angegriffen haben, weil die Vereinigten Staaten ein „Leuchtfeuer der Freiheit“ sind.

Das ist „Selbstverleugnung“ groß geschrieben! Und zusammen mit dieser Selbstverleugnung haben wir Scheinheiligkeit. Außenminister Colin Powell verdammt letzte Woche „Menschen, die den-

ken, mit der Zerstörung von Gebäuden und dem Mord an Menschen könnte man irgendwie politische Ziele erreichen.“.

Beschreibt das nicht haargenau, was die Vereinigten Staaten vor zwei Jahren taten, als sie Jugoslawien 78 Tage und Nächte lang bombardierten? Und ist das nicht derselbe Colin Powell, der die entsetzlichen Bombenangriffe auf Panama und den Irak anordnete? Denkt unsere politische Führung, dass niemand ein Gedächtnis hat? Oder interessiert sie einfach nicht, was die Leute denken?

Noch mehr Heuchelei: Präsident Bush und die anderen Staatsbeamten haben hervorgehoben, dass die Vereinigten Staaten einen Feldzug nicht nur gegen Terroristen führen, sondern ebenso gegen jede Nation, die Terroristen Unterschlupf gewährt.

Also, wenn überhaupt, gibt es nur wenige Staaten, die mehr Terroristen beherbergt haben als die Vereinigten Staaten. Nur ein Beispiel: die gegen Castro agierenden Exil-Kubaner in Miami, die Hunderte, wenn nicht Tausende von Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten, in Kuba und anderswo begangen haben; alle Spielarten von Mord und Sprengstoffanschlägen. Diesen Leuten wurde hier für Jahrzehnte in Sicherheit Unterschlupf gewährt. Genauso zahlreichen anderen Terroristen, Folterknechten und Leuten, die die Menschenrechte mit Füßen getreten haben, aus Lateinamerika, Indonesien und sonst woher. Wenn also Bush vom Feldzug gegen die Staaten spricht, die Terroristen beherbergen, plant er dann, die Vereinigten Staaten anzugreifen?

Natürlich ist es nicht Amerika, das die Terroristen hassen; es ist Amerikas Außenpolitik. Es ist das, was die Vereinigten Staaten der Welt im vergangenen halben Jahrhundert angetan haben – all die Gewalt, die Bombenangriffe, das abgereicherte Uran⁴, die Cluster-Bomben, die politischen Morde, die Förderung der Folter. Das Spielprotokoll⁵ liest sich so: Von 1945 bis zum Ende des Jahrhunderts haben die Vereinigten Staaten versucht, mehr als 40 ausländische Regierungen zu stürzen und mehr als 30 nationale Volksbewegungen zu zermalmen, die gegen unerträgliche Regime kämpften. Dabei bombardierten die Vereinigten Staaten 25 Länder, verursachten den Tod einiger Millionen Menschen und verdammt viele Millionen zu einem Leben in Leid und Verzweiflung.

Ein Jahrzehnt nach dem Fall der Berliner Mauer interveniert Amerika immer noch an jeder Ecke der Welt, oft genug ziemlich blutig. Und heute sind unsere Herrschenden wieder jeden Tag auf dem Kriegspfad, sie bomben für die Freiheit und töten für den Frieden.

Wenn die Terroristen der letzten Woche wirklich aus dem Mittleren Osten stammen, braucht sich niemand über ihre möglichen Motive Gedanken zu machen oder über die Motive anderer Terroristen aus dem Mittleren Osten, die seit Jahren gegen die Vereinigten Staaten tätig sind. Be trachten Sie doch einmal folgende Aktio-

nen der amerikanischen Außenpolitik während der letzten zwanzig Jahre:

Abschuss von zwei libyschen Flugzeugen 1981; Bombardierung von Beirut 1983 und 1984; Bomben auf Libyen 1986; Angriff und die Versenkung eines iranischen Schiffes 1987; Abschuss eines iranischen Passagierflugzeuges 1988; Abschuss von zwei weiteren libyschen Flugzeugen 1989; massive Bombardierung der irakischen Bevölkerung 1991; fortgesetzte Bombenangriffe und Sanktionen gegen den Irak (eingeschlossen jene, die am Tag vor der hiesigen Katastrophe in der letzten Woche

Volk unterdrücken, beenden, bevor wir mit einer ganzen Menge schrecklicher Dinge aufhören. (...)

Was haben alle amerikanischen Interventionen gemeinsam? Und ich rede hier von Hunderten einzelner Einmischungen in die Angelegenheiten souveräner Nationen. Weder die Ergebenheit gegenüber irgendeiner Moral noch simpler Anstand waren der Motor der amerikanischen Außenpolitik. Das war, so leid es mir tut, viel eher die Notwendigkeit, anderen Herren zu dienen, die ich in vier Direktiven aufgliedern möchte:

1. die Erde offen und gastlich für Amerikas weltumspannende Konzerne zu machen;

2. die Überweisungen der Rüstungsfirmen zu Hause zu erhöhen, die so frei giebig Mitgliedern des Kongresses und Bewohnern des Weißen Hauses gestiftet wurden;

3. das Hochkommen jeder Gesellschaftsordnung zu verhindern, die als erfolgreiches Beispiel einer Alternative zum kapitalistischen Modell dienen könnte;

4. die amerikanische Hegemonie über den Globus soweit wie möglich auszudehnen, den Aufstieg jeder Regionalmacht, die die Vormachtstellung Amerikas gefährden könnte, zu unterbinden und eine Weltordnung nach dem Bild Amerikas zu schaffen, wie es sich für die einzige Supermacht auf der Welt gehört.

(...)

Es wäre eine große Überraschung gewesen, wenn Osama bin Laden nicht als Drahtzieher der Ereignisse der letzten Woche herausgedeutet worden wäre. Er ist das Musterbeispiel eines „üblichen Verdächtigen“. Ich warte eigentlich nur noch darauf, dass er wegen der Ermordung von John F. Kennedy angeklagt wird, wenn nicht gar der von Lincoln.

Der Filmemacher Michael Moore hat sich gefragt, wie diese ausgeklügelte Operation – an der vielleicht Dutzende von handelnden Personen in der Luft und am Boden beteiligt waren, vier Flugzeugführungen von drei verschiedenen Flughäfen mit all den ausgebildeten Piloten, die gebraucht wurden – Michael Moore fragte sich also, wie hinter dem allen ein Mann stecken soll, der in einem Zelt in den Bergen Afghanistans lebt. Aber wenn Osama bin Laden nun wirklich der Mann hinter all diesen Angriffen war – und ich unterstelle nicht, dass er es nicht war; ich weiß es einfach nicht, und ich bin mir nicht sicher, ob es die amerikanische Regierung weiß – dann müssen wir uns daran erinnern, dass auch er ein Produkt der amerikanischen Außenpolitik ist.

In den vergangenen Jahren haben wir in den Medien viel über die Unbarmherzigkeit und Rückständigkeit der Taliban in Afghanistan gehört. Die Medien haben uns wieder und wieder über die Unterdrückung der Frauen, das Verbot von Musik, Tanz oder jeder anderen Religion als dem Islam, die öffentlichen Hinrichtungen und andere Horrorgeschichten be-



stattfanden); Bombardierungen des Sudan und Afghanistans 1998; notorische Unterstützung von Israel trotz der Verwüstungen und routinemäßigen Folter, die dem palästinensischen Volk zugefügt wurden; Verurteilung des palästinensischen Widerstands dagegen; Entführung gesuchter Menschen aus muslimischen Ländern wie Malaysia, Pakistan, Libanon und Albanien; ausgedehnte militärische und High-Tech-Präsenz im heiligsten Land des Islam, Saudi-Arabien und anderswo in der Golfregion ...

Das sind nur einige der amerikanischen Aktionen, die einen Araber oder Muslim zu einem Fanatiker, Terroristen oder einem Schreier „Amerika, der Große Satan“ machen können. Die terroristischen Angriffe gegen die Vereinigten Staaten werden nicht aufhören, bevor wir unsere Einmischungen in Bürgerkriege und andere Dinge, die uns nichts angehen – außer dass sie irgendein spezielles Interesse befriedigen – beenden. Die Angriffe werden nicht aufhören, bevor wir das Bomben unschuldiger Menschen und die Zerstörung prachtvoller historischer Altstädte beenden. Sie werden nicht aufhören, bevor wir die Unterstützung von Verbrennern gegen die Menschlichkeit, die ihr

richtet. Was uns aber so gut wie nie erzählt wurde, was niemand erwähnte, ist die Tatsache, dass ohne die amerikanische Außenpolitik weder die Taliban noch irgendeine andere Gruppe islamischer Fundamentalisten heute in Afghanistan an der Macht wäre.

Damals, 1979, hatte Afghanistan eine Regierung, die, obwohl selbst muslimisch, in einem fast ganz muslimischen Land eine Landreform, die Trennung von Kirche und Staat, die Beseitigung des Analphabetentums, die Legalisierung von Gewerkschaften und die Emanzipation der Frauen erreichen wollte. Kurz gesagt, wollten sie Afghanistan ins 20. Jahrhundert befördern. Und Washington in seiner grenzenlosen Weisheit beschloss, diese Regierung zu stürzen. Warum? Weil sie von ihrem Nachbarn, der Sowjetunion unterstützt wurde. Das war der einzige Grund.

Die CIA begann in aller Heimlichkeit, die Moujahedin (was übrigens „Heilige Krieger“ heißt) zu unterstützen, die die Regierung bekämpften. Osama bin Laden war einer dieser Moujahedin. Zbigniew Brzezinski, damals Jimmy Carters nationaler Sicherheitsberater, gab später zu, dass die politische Entscheidung zur Unterstützung der Moujahedin ausdrücklich sechs Monate vor der sowjetischen Intervention in Afghanistan fiel, in der Erwartung, dass dies die Russen veranlassen würde zu intervenieren und sie sich in ihrem eigenen Vietnam-Krieg verschließen würden.

Nach dem Beginn der sowjetischen Intervention wurde die CIA zum großen Koordinator des heiligen Krieges gegen die Regierung, indem sie die Armeen der Moujahedin aus vielen muslimischen Ländern zusammenzog, sie bewaffnete, sie ausbildete, die Finanzmittel für die Operation erhöhte und vieles mehr.

Es klappte. Und wie es klappte! Ein Jahrzehnt später, haben die Vereinigten Staaten und die Fundamentalisten „gewonnen“, aber die Frauen und der Rest von Afghanistan verloren. Mehr als eine Million Menschen sind tot, drei Millionen kriegsversehrt, fünf Millionen Flüchtlinge; insgesamt die Hälfte der Bevölkerung.

Jimmy Carter hat, soweit ich weiß, niemals einen Vorbehalt zum Ausdruck gebracht, dass er Brzezinski dieses Eingreifen erlaubte. Aber Carter sah sich veranlasst, später zu erklären:

„Wir sind nur nach Libanon, nach Syrien und nach Jordanien gegangen, um aus erster Hand zu erfahren, welch ungeheuerer Hass auf die Vereinigten Staaten unter den Menschen besteht, weil wir sie gebombt und beschossen haben und in diesen Dörfern rund um Beirut erbarmungslos völlig unschuldige Dorfbewohner, Frauen, Kinder, Farmer und Hausfrauen töteten. ... als ein Ergebnis dieser Taten sind wir im Bewußtsein dieser verbitterten Menschen zu einer Art Satan geworden. Das schlägt sich nun in Geiselnahmen und verschiedenen terroristischen Anschlägen nieder.“

Einige der Dinge, die ich heute gesagt

habe, kann man einem amerikanischen Publikum nur sehr schwer vermitteln. Das ist so, als würde ich einem Ehemann erzählen, dass die Frau, mit der er 20 Jahre zusammengelebt hat, eigentlich ein Mann ist. Amerikaner glauben ernsthaft, dass es ihre politische Führung stets gut meint, auch wenn es im Ergebnis mal schlecht ausgeht, und falls sie wirklich nicht guten Willens wären, würde es die Öffentlichkeit erfahren: Dan Rather⁶, Ted Koppel oder irgendein anderer vertrauenswürdiger Fernsehjournalist hätten uns inzwischen bestimmt auf deren Spur gebracht. Hätten sie wirklich?

Tatsache ist doch: Die Regierung lügt uns an. Ich hoffe, dass ich Sie mit dieser Aussage nicht geschockt habe. Und ihre größte Lüge sind ihre angeblichen Beweggründe. Ich behaupte, dass sie die wirklichen Interessen, die ihre Politik leiten, verschweigen, und gerade bei der Außenpolitik ist es sehr einfach, eine Lüge zu vertuschen. (...)

Aus den Zeiten des Kalten Krieges stammt die Geschichte über eine Gruppe russischer Schriftsteller auf einer Rundreise durch die Vereinigten Staaten. Nachdem sie die Zeitungen gelesen und Fernsehen gesehen hatten, waren sie erstaunt darüber, dass alle Meinungen über wirklich wichtige Angelegenheiten gleich waren. „In unserem Land“, sagte einer von ihnen, „brauchen wir eine Diktatur, um dieses Ergebnis zu erzielen. Wir sperren die Leute ein. Wir reißen ihnen die Fingernägel raus. So was gibt es bei Euch nicht. Wie macht ihr das? Was ist Euer Geheimnis?“

Das Geheimnis ist eine besondere Form der Zensur, oft der Selbstzensur, heimtückischer, als sie ein totalitärer Staat je erreichen könnte. Nehmen Sie die Washington Post, die ich jeden Tag lese. Ich könnte da nie einen Job als Autor annehmen, weil ich weiß, dass ich dann solche Sachen wie heute abend nicht schreiben kann; die drucken noch nicht einmal meine Leserbriefe ab, nicht einer von Dutzenden, die ich Ihnen seit mehr als sechs Jahren zugeschickt habe. Und aus ähnlichen politischen Motiven heraus würde mich die Washington Post niemals einstellen. Die Washington Post stellt genau wie alle anderen Massenmedien nur echte Glaubensbrüder ein, und das offenkundige Ergebnis können Sie in der Zeitung lesen – eine breites Band von Weltanschauungen, die von den Erzkonservativen auf der Rechten bis gerade einmal schwach links von der Mitte reichen, was wir dann „liberal“ nennen. Die Ansichten von Radikalen, Linken, Progressiven – oder wie Sie sie immer nennen wollen – sind praktisch vollständig aus den Massenmedien verbannt.

Kann mir jemand von Ihnen eine einzige amerikanische Tageszeitung nennen, die vor zwei Jahren unmissverständlich gegen die US-NATO-Bombardierungen von Jugoslawien Stellung genommen hat?

Kann mir jemand von Ihnen eine einzige amerikanische Tageszeitung nennen,

die vor zehn Jahren unmissverständlich gegen die US-Bomben auf den Irak Stellung genommen hat?

Ist das nicht außergewöhnlich? In einer angeblich freien Gesellschaft mit einer angeblich freien Presse spricht alles dagegen, dass dies tatsächlich der Fall ist. Aber genau so ist es.

Behalten Sie im Auge, dass die Liberalen und Konservativen keine Gegenpole sind. Da gibt es noch eine ganz andere Welt links von den Liberalen, die viel eher eine grundsätzliche Opposition gegen die Konservativen darstellt.

Erinnern Sie sich weiterhin an die Debatte über die Außenpolitik, die Bush und Gore im letzten Jahr führten und in der einer praktisch ein Klon des anderen war. Außenpolitik ist sakrosankt. Letzten Freitag verabschiedeten beide Häuser des Kongresses die „Authorization for use of Military Force“ (Genehmigung zum Einsatz der Streitkräfte) mit nur einer einzigen Gegenstimme.

(...)

Die Aussagen, die ich hier über die schlimmen Absichten der Außenpolitik der Vereinigten Staaten gemacht habe, mögen sich für viele Menschen der politischen Mitte wie ein Beispiel der Lachplatte „Verschwörungstheorie“ anhören. Aber wie Sie wissen, darf man sagen, dass Lehrer die Vertretung ihrer Interessen durch die Bildung von Gewerkschaften organisieren, und man darf sagen, dass Farmer sich zur Verfolgung ihrer Interessen zusammentonnen, aber in der Minute, in der man dies auch für Leute mit Macht und Wohlstand annimmt, nennen sie Dich einen Verschwörungstheoretiker oder „Verschwörungshansel“.

Erinnern Sie sich an die zwei Gesetze der Politik, die nach dem Watergate Skandal 1970 aufgestellt wurden:

Das erste Watergate-Gesetz besagt: „Egal, wie paranoid Du bist, was die Regierung gerade tut, ist schlimmer, als Du es Dir vorstellen kannst“. Das zweite Watergate-Gesetz besagt: „Glaube nichts, bevor es offiziell dementiert worden ist.“

Beide Gesetze sind immer noch in Kraft.

Eine Liste der Veröffentlichungen findet sich z.B. auf der Web-Site von W. Blum unter der Adresse http://members.aol.com/bblum6/American_holocaust.htm

Anmerkungen:

1 Großes Tageszeitung, die in Washington erscheint. Gilt als liberal.

2 Brookings Institution. Privates Forschungsinstitut aus Spenden und Stiftungen finanziert – eher regierungsfreundlich und wirtschaftsnah.

3 „secular“ = weltlich, säkular – d.h. Trennung von Kirche und Staat

4 „Depleted Uranium“ – ein Abfallprodukt, das bei der Produktion von waffenfähigem Uran entsteht. Es wird u.a. zur Herstellung von Munition verwendet. Hochgiftig, radioaktiv.

5 „scorecard“, Karte, auf der der Verlauf eines Spiels vermerkt wird (z.B. Golf oder Cricket).

6 Dan Rather ist Chef der Abendnachrichten bei CBS. Ted Koppel hat dieselbe Funktion bei ABC News. In der BRD hat z.B. Ulrich Wickert eine ähnliche Funktion.

Russland nach dem 11. September

Der russische Präsident Wladimir Putin ergriff nach den barbarischen Anschlägen in New York und Washington eine für die Positionierung Russlands in Beziehung zu den USA und der NATO bedeutsame Initiative. In einer Fernsehansprache erklärte er Russlands Unterstützung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Im Einzelnen erklärte er, dass Russland bereit ist, „seinen Luftraum für Flüge aus humanitären Gründen“ in die Region möglicher antiterroristischer Aktionen zu öffnen. Russland stimmte seine Position mit einer Reihe mittel- und zentralasiatischer Republiken (ehemalige Sowjetrepubliken) ab, die in analoger Weise sich bereit erklärten, Flugplätze zur Verfügung zu stellen. In Abstimmung mit der Regierung Tadschikistans, an dessen Grenze zu Afghanistan die 201. russische Division stationiert ist, können die USA deren Basen nutzen. Russland will sich an „internationalen Rettungs- und Hilfsoperationen“ beteiligen. Putin „offiziellisierte“ die russische militärische Unterstützung für die afghanische Nordallianz, die bedeutend verstärkt werden soll. Ganz nebenbei wiederholte Putin Russlands schon vorher häufig geäußerte und offensichtlich auch schon praktizierte Bereitschaft, Geheimdienstwissen über terroristische Zentren und Basen zur Verfügung zu stellen.

Tschetschenien erwähnte Putin als Beispiel des Kampfes Russlands gegen den Terrorismus, womit er auf das russische Hauptproblem zu sprechen kam: Es war die Antwort auf Bushs Forderung, die USA ohne jede Vorbedingung zu unterstützen. Russland und besonders auch Putin sehen sich in ihrer Politik gegenüber Tschetschenien bestätigt und gerechtfertigt und erwarten nun, dass ihre Position zu mindest teilweise akzeptiert wird.

Wenn Putin in seiner Rede vor dem deutschen Bundestag nachdrücklich auf entstandene „neue Gefahren“ aufmerksam macht (Drogenhandel, organisierte Kriminalität und Fundamentalismus „via Zentralasien und Kaukasus nach Europa“), sucht er einerseits Unterstützung in einer Auseinandersetzung, in der Russland bislang allein gelassen wurde, versucht aber gleichzeitig, die bisher betriebene, keineswegs erfolgreiche russische Politik in Tschetschenien zu rechtfertigen. Besonders diese Rede vor dem Bundestag machte deutlich, worauf Putin hinaus will: Russland sieht sich als Teil Europas und sucht den Weg – in diesem Falle eindeu-

tig – über die Bundesrepublik nach Europa. „Was die europäische Integration betrifft, werden diese Prozesse von uns nicht nur einfach unterstützt. Wir blicken diesen Prozessen mit Hoffnung entgegen.“ Putin sucht Europa und fordert es förmlich auf, gegenüber Russland Vorbehalte abzubauen und eine eigenständige Rolle zu spielen („dass Europa sein Ansehen als eines starken und wahrhaft selbständigen Zentrums ... für lange Zeiten festigen wird, wenn es ihm gelingt, eigene Möglichkeiten mit Möglichkeiten Russlands zu vereinen.“) Wenn Putin im eigenen Lande vorgehalten wird, dass er sich nach den terroristischen Anschlägen in den USA nicht neutral verhalte, so wird an seiner Europapolitik deutlich, worauf die Führungskreise Russlands hinauswollen. Offensichtlich nutzt Putin die entstandene Situation, um Russlands Bedeutung in Europa und weltweit anzuheben. Dazu sucht er Partnerschaften in Europa, besonders aber die der BRD.

Das geschieht offenbar auch im Hinblick auf die NATO. Russlands Vorbehalte gegenüber der militärischen Organisation der westlichen Welt sind bekannt. Jetzt aber geht Russland in die Offensive und erklärt, dass ein andere Sicherheitsarchitektur in Europa notwendig ist. Nun, da der Westen Russland in der Auseinandersetzung mit dem weltweiten Terrorismus braucht, fordert Russland Umdenken ein. Während des Besuches Putins in Brüssel wurden ständige Konsultationen mit Russland mit dem Komitee für Sicherheit und Verteidigung im Rahmen der Europäischen Union vereinbart. Tut die Europäische Union einen ersten Schritt zur realistischen Annäherung an Russland?

Allerdings befindet sich Russland mit einer solchen Politik auch in einer Zwickmühle, und Putin steht in Russland keineswegs unbescholtend da.

Es sind zwei Überlegungen, die für politische Pragmatiker eine Rolle spielen. Die eine besteht in der Gefahr, dass Russland in einen bewaffneten Konflikt hineingezogen wird. Die Afghanistan-Erfahrungen sind noch zu lebendig, als dass es nicht genügend Stimmen gäbe, die vor einem militärischen Engagement in Zentralasien warnen würden.

Die andere besteht in der Tatsache, dass die USA dabei sind, rigoros ihre Positionen in Transkaukasien und Zentralasien auszubauen. Die von Usbekistan und Tadschikistan gegebenen Zusicherungen sind, obwohl offiziell mit Russland abgestimmt, gleichzeitig eine Herausforderung für Russland. US-Verteidigungsminister Rumsfeld wählte eine Reiseroute, die mit seinem Besuch in Usbekistan darauf schließen lässt, dass die USA an der Formierung einer Achse Türkei, (Aserbaidschan), Usbekistan interessiert sind. Der Kampf um Afghanistan ist offenbar gleichzeitig ein Kampf um stärkeren Einfluss in Zentralasien und um die dort vorhandenen

Energieressourcen. Nach Angaben der Zeitung „Nesawisimaja Gaset“ vom 5.10.2001 verstärken die USA ihre geheimdienstlichen Aktivitäten in den ehemaligen Sowjetrepubliken und schaffen dort neue Agenturen. Es wird eingeschätzt, dass der Kampf gegen terroristische Gruppen Osama bin Ladens nur ein Grund für die Verstärkung der Aktivitäten darstellt.

Ist es ein Gegenzug Russlands im „great game“, wenn sich zur gleichen Zeit der Verteidigungsminister Irans, Ali Schamchani, in Moskau aufhält und erstmals seit 1991 eine Regierungsvereinbarung über militärotechnische Zusammenarbeit zwischen Russland und dem Iran unterschrieben wurde? Die Vereinbarung ist auf eine Dauer von zehn Jahren geplant und soll militärische Lieferungen (vor allem moderne Kampfflugzeuge) im Wert von 7 Milliarden Dollar umfassen. Die Reaktion der USA folgte auf dem Fuße: Der US-Botschafter in Moskau äußerte seine Unzufriedenheit über diese Vereinbarung. Während der Verhandlungen in Moskau betonte der iranische Minister, dass Iran nicht mehr länger die Verletzungen seines Luftraumes durch US-Flugzeuge hinnehmen werde, die es in den letzten zehn Jahren häufig gegeben habe. In diesem Zusammenhang erklärten beide Seiten ihre Besorgnis, dass amerikanische Flugzeuge während der Aktion „Vergeltung“ den Luftraum über dem Kaspischen Meer verletzen könnten. Sie verwiesen darauf, dass der Status des Meeres noch nicht festgelegt sei und damit auch Russland und der Iran ein Recht darauf haben festzulegen, werden Luftraum nutzt. Eine amerikanische Anfrage gab es dazu bisher nicht, so dass auch keine Genehmigung vorliegt. Es wird vermutet, dass mit diesen Fragen auch der Besuch des Chefs des russischen Generalstabes, Kwaschin, in Armenien zusammenhängt, der dort gemeinsam mit seinem Kollegen eine Inspektion der russischen Truppenteile in Armenien vornahm. Moskau machte Jerewan deutlich, dass es keine Genehmigung für amerikanische Überflüge über armenisches Territorium wünscht.

Der Kampf gegen den Terrorismus hat offenbar viele Gesichter. In einer solchen Situation ist es schwer zu glauben, dass hinter allem der Kampf um Einflussphären und um Energieressourcen steht. Alles verweist jedoch auf die daraus entstehenden Gefahren für den Frieden und die Stabilität der Länder dieser Region, die ohnehin innenpolitisch labil sind und ausreichend politischen und sozialen Zündstoff bieten.

Russland nach dem 11. September ist in seinen Aktionen als sehr ambivalent einzuschätzen und bietet widersprüchliche Positionen in internationalen Fragen an, die sowohl realistisches Herangehen als auch Machtambitionen einschließen.

abe

PKK nimmt Stellung zur aktuellen „Terrorliste“ der USA

Am 5. Oktober 2001 veröffentlichte das US-Außenministerium eine Liste mit Namen von Organisationen, die als „terroristisch“ eingestuft werden. In diese Liste wurde auch die Arbeiterpartei Kurdistan PKK aufgenommen. Der Präsidialrat der PKK veröffentlichte dazu am 6. Oktober eine schriftliche Erklärung, die wir im Folgenden in deutscher Übersetzung wiedergeben. (Kurdistan Informations-Zentrum)

„Die Aufnahme unserer Partei in die „3. Liste terroristischer Organisationen“ durch das US-Außenministerium widerspricht zum einen der Realität und fördert zum anderen die Kräfte, die den eigentlichen Terror ausüben. Die Tatsache, dass diese Liste unmittelbar nach dem Staatsbesuch des türkischen Außenministers in den USA veröffentlicht wurde, ist aufschlussreich. Uns ist auch bekannt, wie der türkische Staat versucht, die Europäische Union zum selben Thema unter Druck zu setzen. Das ist der Versuch der internationalen Rückständigkeit mit der Türkei im Zentrum, einen neuen Angriff gegen unsere Partei und damit gegen das kurdische Volk zu führen.

Die Öffentlichkeit weiß, dass unsere Partei, die auf der Grundlage einer Lösung der kurdischen Frage den Krieg eingestellt hat, seit über zwei Jahren gegen die Gewalt und gegen das Chaos, das aus der Gewalt resultiert, einen umfassenden und entschlossenen Friedenskampf führt. Unsere Partei hat mit dieser Linie einseitig der Türkei einen Weg zur Demokratisierung geöffnet und die Grundlage für eine demokratische und politische Lösung der kurdischen Frage geschaffen. Mehrfach hat sie ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen Kräften beim demokratischen Wandel und bei einer Lösung zur Sprache gebracht und schließlich versucht, aus eigener Kraft eine solche Lösung zu verwirklichen. Aber es ist auch bekannt, dass trotz dieser klaren Friedens- und Demokratielinie und der entschlossenen Praxis unserer Partei niemand, weder die Türkei noch das US-System, sich dieser Position genähert haben, um so Demokratie und eine Lösung voranzutreiben. Aus diesem Grunde sind die Demokratie- und Friedensbemühungen unserer Partei einseitig geblieben. Daher entspricht der Vorwurf des US-Außenministeriums nicht der Realität. Dieser Vorwurf und die Aufnahme unserer Partei in die Liste verbergen vielmehr die Kräfte, die für den wahren Terror verantwortlich sind, und ermutigen diese zur Anwendung von Gewalt. Die Vorwürfe gegen unsere Partei sind auch Vorwürfe gegen das kurdische Volk und

wurden von unserem Volk und der demokratischen Öffentlichkeit mit Bedauern aufgenommen.

Wenn man sich vor Augen führt, dass die US-Führung quasi den „3. Weltkrieg gegen den Terror“ angekündigt hat, wird deutlich, welche ernste Gefahr dieser Vorwurf und die Entscheidung, uns in die Liste aufzunehmen, darstellt.

In dieser Zeit ist es notwendig, ein breites demokratisches Bündnis politischer Kräfte gegen blinde Gewalt im Interesse von Kriegsprofiteuren zu schaffen. Indem man stattdessen diejenigen politischen Kräfte, die ein Produkt nationaler und gesellschaftlicher Probleme sind, die auf der Grundlage der Prinzipien von Freiheit und Gerechtigkeit mit demokratischen Mitteln gelöst werden müssen, der terroristischen Front zurechnet, begeht man einen schweren Fehler und vertieft nur weiter die Ausweglosigkeit der eigenen Lage.

Daher appellieren wir an alle Kräfte, sich von alten Denkmustern zu befreien. Unser Volk und die demokratischen Kräfte rufen wir dazu auf, solche Drohungen, die einem Angriff gleichkommen, noch aufmerksamer zu beobachten und den Kampf für Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit zu verstärken.“

Deutsch-türkische Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung?

Gemeinsame Erklärung des Kurdistan Informations-Zentrum e.V. und Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V. über das Treffen vom Außenminister Joschka Fischer und Ismail Cem

Das gestrige Treffen des deutschen Außenministers Joschka Fischer mit seinem türkischen Amtskollegen Ismail Cem über eine engere Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung gibt Anlass zur Sorge. Die Äußerung von Herrn Fischer, Deutschland betrachte die Türkei als wichtigen Regionalpartner bei der Lösung von Konflikten im Kaukasus, in Zentralasien, in der Region des Kaspiischen Meeres sowie auch im Mittleren Osten sind zwar wünschenswert, aber die gegenwärtige Realität der Türkei zeigt, dass sie noch weit davon entfernt ist, diese wichtige Mission zu erfüllen.

Die Türkei betreibt ihre Innen- und Außenpolitik aus der Logik heraus, dass die Konfliktsituationen in der Welt und in der Region ihre Existenz sichern würden. Aus diesem Grunde sucht sie nach Widersprüchen, und wenn sie keine findet, dann versucht sie, welche zu erzeugen. Wenn sie sich von dieser Politik distanzieren würde und ihre Interessen in der Entwicklung von Demokratie, Menschenrechten und Freiheiten sehen

könnte, hätte sie – ohne Frage – eine führende Rolle bei der Lösung der bestehenden Konflikte in den genannten Regionen. Aber dem ist leider nicht so.

Wenn wir kurz einen Blick auf die vergangenen zwei Wochen werfen, sehen wir, welche Gefahren eine Kooperation mit der gegenwärtigen Türkei birgt. Nach dem brutalen Anschlag vom 11. September in den USA haben politische Kräfte in der Türkei begonnen zu berechnen, wie sie von dieser Situation profitieren können. Pläne wurden geschmiedet, wie z.B. kurzerhand den zum Tode verurteilten Chef der PKK, Abdullah Öcalan hinzurichten, da die Stimmung momentan umgeschlagen wäre und aus diesem Grunde mit keiner ernsthaften Gegenreaktion zu rechnen sei. Auch sollte man, ohne Zeit zu verlieren, Militäroperationen gegen die Einheiten der PKK durchführen, mit der Ziel diese zu liquidieren.

Die türkische Regierung richtete unzählige Anträge an europäische Länder, in erster Linie an die Bundesrepublik Deutschland, politisch aktive Kurden auszuliefern und die PKK in den jeweiligen Ländern stärker zu bekämpfen. Durch die veränderte Situation in der Welt erhofft sie, durch einige Verfassungsänderungen, die in den letzten Tagen beschlossen wurden und weit davon entfernt sind, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen, einen „billigen“ Eintritt in die EU.

Obwohl die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) ihre Friedensbemühungen seit 1999 verstärkt, einseitig den bewaffneten Kampf eingestellt, ihre Guerrillaeinheiten außerhalb der Grenzen des türkischen Staates zurückgezogen, ihre Strategie des bewaffneten Kampfes zu einer Strategie des politischen Kampfes verändert hat, wird sie von der Türkei weiterhin mit dem Wissen, dass mit dieser Haltung auch die Demokratisierung der Türkei verhindert wird, ignoriert.

Vor diesem Hintergrund wird die Türkei eine solches Angebot nur dazu nutzen in erste Linie die kurdische Frage, erneut militärisch lösen zu wollen. Dies wird nicht zur Entspannung beitragen und eine Lösung der Konflikte mit sich bringen, sondern im Gegenteil, sowohl die Türkei als auch den Mittleren Osten erneut in Krieg und Gewalt treiben.

Wir hoffen, dass die Bundesregierung den o.g. wichtigen Lösungsschritt der PKK für eine wichtige Chance zur Entspannung und Lösung regionaler Konflikte im Mittleren Osten sieht und die Türkei und die Kurden ernsthaft bei der politischen Lösung der kurdischen Frage unterstützt. Hierfür ist eine Wende in der Kurdenpolitik der Bundesregierung unumgänglich.

Kurdistan Informations-Zentrum e.V.
Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.

•

Proteste gegen Luftangriffe auf Afghanistan

Athen (AP). Tausende Menschen haben am Montagabend in mehreren europäischen Städten gegen die Luftangriffe auf Afghanistan protestiert. In Athen zogen mehr als 2.000 Demonstranten vor die massiv abgeschilderte US-Botschaft und beschimpften US-Präsident George W. Bush als Terroristen. In Saloniki versammelten sich etwa 800 Menschen vor dem Konsulat der USA. Demonstrationen waren auch in Schweden, Spanien und Großbritannien geplant. In Helsinki marschierten am Abend nach Polizeiangaben etwa 1.000 Menschen vor die diplomatischen Vertretungen der USA und Großbritanniens.



Indien

Ärzte Ohne Grenzen kritisieren Hilfsgüterabwurf über Afghanistan

Paris (AP) Die Hilfsorganisation Ärzte Ohne Grenzen hat den Abwurf humanitärer Hilfsgüter über Afghanistan als Militärpropaganda zur Rechtfertigung der Luftangriffe verurteilt. Die Organisation erklärte am Montag in Paris, bei dem Abwurf handele es sich nicht um eine hu-



Frankreich



Großbritannien

manitäre Hilfsaktion, sondern lediglich um Propaganda, um die internationale Meinung zu Gunsten der Luftangriffe zu beeinflussen. Der Abwurf der Lebensmittel über Afghanistan sei nicht nur uneffektiv, sondern auch gefährlich. „Was für einen Sinn hat es, mit der einen Hand zu schießen und mit der anderen Medizin auszugeben“, fragte die Organisation, die 1999 den Friedensnobelpreis erhielt, in der Erklärung. Die US-Streitkräfte hatten am Sonntagabend während ihrer Angriffe auf Ziele in Afghanistan mehr als 37.000 Lebensmittelpakete abgeworfen. Damit soll laut Darstellung Washingtons der Not leidenden Bevölkerung des Landes geholfen werden

Arabische Liga warnt USA vor Angriffen auf Zivilisten

Kairo (dpa) – Die Arabische Liga hat die USA vor Angriffen auf Zivilisten in Afghanistan gewarnt. Die afghanische Bevölkerung müsse geschützt werden, sagte der Generalsekretär der Liga, Amre Mussa, in Kairo. Die Zivilisten sollten in keiner Weise zum Ziel werden, betonte er. Er forderte die US-Regierung auf, bei ihrem Kampf gegen den Terrorismus die Wurzeln des Problems nicht aus den Augen zu verlieren.

Kritik der französischen Grünen an US-Militärschlag

Jospins Regierungspartner nennt Angriffe „vollkommen überzogen“ – Unterstützung von der Opposition

Paris (AP) In Frankreich haben die an der Linksregierung von Premierminister Lionel Jospin beteiligten Grünen scharfe Kritik an den Luftangriffen auf Afghanistan geübt. Der Gegenschlag der USA sei „vollkommen überzogen“, sagte der Abgeordnete Noel Mamere. Der Terrorismus sei nicht mit Krieg und Bomben zu bekämpfen. Auch Kommunistenchef Robert Hue sagte, die massi-

ven Bombardements der Amerikaner ließen befürchten, dass die von Osama bin Laden und den Taliban gestellte Falle funktioniere. Mamere forderte, man sollte lieber gegen die Steuerparadiese als gegen das afghanische Volk in den Krieg ziehen. Jetzt müsse erneut die Zivilbevölkerung leiden. Der Grünen-Politiker gilt als wahrscheinlicher Kandidat für die Präsidentschaftswahl, wenn sich der innerparteilich umstrittene Alain Lipietz wie allgemein erwartet zurückzieht.

Auch Lipietz kritisierte die amerikanische und britische Militäraktion. Frankreich dürfe sich nicht daran beteiligen, solange die politischen Ziele nicht geklärt seien. Der PCF-Vorsitzende Hue



Philippinen



Japan

erklärte dagegen, Frankreich müsse solidarisch und aktiv an der Aktion teilnehmen. Die Kommunisten sind ebenfalls in Paris an der Regierung beteiligt. Mamere und Hue verlangten, zur geplanten Beteiligung französischer Truppen müsse das Parlament gehört werden. Dies hat Premier Jospin bereits in Aussicht gestellt. Verteidigungsminister Alain Richard betonte aber im Radio France-Inter, die Nationalversammlung solle nicht über den Militäreinsatz abstimmen.

Zusammenstellung: hav

Blockieren Sicherheitsaspekte die Zuwanderung von Arbeitskräften? – HB, Montag, 24.9.2001. Verschärzte Sicherheitsauflagen nach den Anschlägen in USA bereiten den Unternehmen Probleme. BDI-Zuwanderungsexperte R. Henkel meint, man müsse aufpassen, dass nicht jeder Ausländer, der hierher kommen wolle, mit einem Terrorismus-Verdacht belastet werde. Dies erschwere den Wettbewerb um die besten Köpfe. Auch dürfe man die Bewegungsfreiheit der ausländischen Arbeitskräfte nicht unzumutbar einschränken.

Die Gunst der Stunde nutzen. – FAZ, Samstag, 29.9.2001. Einzelne Unternehmen wollen auf dem Hintergrund der Attacken in den USA ihre Interessen bei der Bundesregierung durchsetzen. So fordert z.B. VW eine Verschrottungsprämie, um die Autokonjunktur wieder anzukurbeln. R. Breuer, Deutsche Bank-Vorstandsvorsitzender, ist für eine konzertierte Aktion: In Deutschland solle die öffentliche Hand einen zweistelligen Milliardenbetrag in Euro in die Infrastruktur stecken, die Gewerkschaften sollen sich bei den Löhnen zurückhalten, private Unternehmen ihre Investitionen aufstocken. Hauptgeschäftsführer des DIHT, Franz Schoser, sprach sich dafür aus, die aktuelle Verunsicherung dürfe nicht als Vorwand genutzt werden, branchenspezifische Subventionen einzufordern.

Wirtschaft warnt vor „Rückentwicklung des Unternehmenssteuerrechts“. – HB, Montag, 1.10.2001. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen massiven Verschärfungen seien schädlich für den Standort Deutschland ..., heißt es in einer Stellungnahme der Spitzenverbände der Wirtschaft. So ist die Mehrheit der Bundesländer z.B. der Auffassung, dass Streubesitzdividende bei Kapitalgesellschaften gewerbesteuerpflichtig werden sollen. H. Eichel plant, die Großindustrie dadurch zu entlasten, Grundstücksumverträge innerhalb eines Konzerns nicht mehr grunderwerbsteuerpflichtig zu machen. Hier befürchten die Länder höhere Steuerausfälle als vom Bund angenommen.

Hundt fordert niedrigere Kassenbeiträge. – HB, Dienstag, 2.10.2001. BDA-Präsident D. Hundt verlangt dazu eine Ausgrenzung „nicht notwendiger“ Kassenleistungen wie Kuren, Fahrtkosten und Zahnersatz. Den Plan von Gesundheitsministerin U. Schmidt, dass die Apotheken bei vergleichbaren Mitteln das preiswerteste verkaufen müssten, lehnt er allerdings als dirigistisch ab.

Presseauswertung: rst

Diskussion Gewerkschaftslinken: Auch nach dem 11. September:

Gute Gründe für eine hohe Forderung in der Tarifrunde

„Warum unsere Forderung dieses Mal zweistellig sein muss“, hieß die Veranstaltung des Zukunftsforums Stuttgarter Gewerkschaften am 26. September. Als Diskussionsgrundlage diente das folgende Papier. Es wurde erstellt für die gemeinsame Tagung der Arbeitsgruppen Tarifpolitik und Sozialpolitik der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken am 22. September in Stuttgart und gibt einen guten Einstieg in die Diskussion.

Wir machen seit Jahren bei den Reallöhnen und Gehältern rückwärts. 2001 war der bisherige Gipfel mit Tariferhöhungen unter der Inflationsrate.

Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen ist auf das Niveau der 50er Jahre zurückgegangen und die Vermögensverteilung wird immer krasser: Die Reichen werden immer reicher, die Armen ärmer und zahlreicher.

Wenn Gewerkschaften auch nur 5% fordern, heulen Arbeitgeber und Medien auf. Von Unternehmern geforderte Kapitalrenditen von 10, 15 oder 20% brauchen nicht begründet zu werden – Gewinnsteigerungen um ein Mehrfaches finden sie völlig in Ordnung. Verdopplung der Managergehälter in wenigen Jahren werden mit abenteuerlichen Behauptungen verteidigt: diese obszönen Gehälter erfordere der Wettbewerb, sonst verlagern sich die tollen Manager ins Ausland.

Die Pilotenvereinigung Cockpit hatte bei der Aufstellung ihrer Forderungen die richtige Konsequenz gezogen und versucht, Verlust und Verzicht aus zehn Jahren auszugleichen. Es liegt an uns, in allen anderen Branchen genauso vorzugehen. Wie bei den Piloten muss schon die Forderung für die Beschäftigten und Gewerkschaftsmitglieder ein Signal sein: Ende der Bescheidenheit!

Auch aus den DGB-Gewerkschaften wurde Cockpit vorgeworfen, ohne Verantwortung zu handeln und ihre Stärke auf Kosten anderer Beschäftigter zu gebrauchen. Diese Argumentation stellt die Wirklichkeit auf den Kopf: die Tarifpolitik der meisten DGB-Gewerkschaften, auch im Bereich der Lufthansa, hat darauf verzichtet, die eigenen Kräfte einzusetzen, um akzeptable Lohnerhöhungen für alle durchzusetzen.

Umverteilung auf die Tagesordnung!

Wir sehen vielmehr, dass der Cockpit-Abchluss ein Signal bei den KollegInnen aller Branchen gesetzt hat, dass die Umverteilung zum Kapital zu stoppen und umzukehren ist.

Wir rufen auf, dort den gemeinsamen Kampf am heftigsten zu führen, wo wir

stark sind, und so allen zu helfen, mehr raus zu holen.

Verantwortung heißt dann, dass die IG Metall als Tarifführer nicht wieder einen Verlustabschluss wie 2000/01 vorgibt, und so Branchen wie den Handel völlig im Regen stehen lässt.

Verantwortung heißt auch, beim Exportweltmeister Deutschland hohe Abschlüsse zu erstreiten, damit in anderen Ländern nachgezogen werden kann, anstatt eine Abwärtsspirale in Gang zu setzen.

Verantwortung heißt, das Lohngefüge wieder deutlich nach oben zu drücken und denen einen Riegel vorzuschieben, die mit Löhnen unterhalb der Sozialhilfe einen Niedriglohnsektor propagieren.

Dass Unternehmer und ihre Verbände, ihre Lautsprecher in Medien und Politik gegen jede nennenswerte Erhöhung trommeln, ist „normal“, weil interessengeleitet, und für Gewerkschaftsmitglieder und Aktivisten kalkulierbar.

Dass aus den Gewerkschaftsspitzen gelegentlich mit kräftigen Lohnforderungen gedroht wird, das Ganze aber nach dem nächsten Treffen beim Kanzler wieder vergessen ist, hat mit den Interessen der Mitgliedschaft nichts zu tun.

Die drohende Abwertung von Lohnrunden zum im schlechten Sinne kalkulierbaren Ritual wird von den KollegInnen auch nicht für „normal“ gehalten. Sie entfremdet vielmehr die Mitglieder von ihren Gewerkschaften.

Wer die Durchsetzungs- und Bindekraft der Gewerkschaften stärken, den Mitgliederschwund stoppen will, braucht keine Millionen für PR-Agenturen, sondern als erstes ein Konzept für eine kämpferische Tarifrunde 2002!

Eckpunkte

Für ein solches Konzept sind, bei Beachtung der jeweiligen Besonderheiten der einzelnen Gewerkschaften, nach unserer Auffassung folgende Eckpunkte notwendig:

- Die **Forderungshöhe** hat nach Jahren des Reallohnverlusts in der Lohnrunde 2002 für die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften in den Betrieben hohe symbolische Bedeutung.

Es genügt folglich nicht, die Forderung aus „Produktivitätswachstum plus Inflationsausgleich“ zu begründen. Rück-Umverteilung zu Gunsten der Löhne steht auf der Tagesordnung! Eine zweistellige Lohnforderung steht an, die sich aus Preisteigerung + Produktivitätsfortschritt + Umverteilungskomponente errechnet.

- **Keine Kompensationsgeschäfte**, son-

dern eine Lohn- & Gehaltsrunde mit überzeugender, transparenter und deshalb mobilisierungsfähiger Forderung!
Mitgliederbeteiligung statt Medien-Instrumentalisierung von oben! Demokratische innergewerkschaftliche Meinungsbildung über Forderungshöhe- und Struktur sowie Bewertung von Verhandlungsergebnissen.

• **Lohn- und Gehaltspolitik im Flächentarifvertrag** soll Unterbietungs-Konkurrenz der Lohnabhängigen eindämmen und ihre Lebensbedingungen angleichen. Tarifpolitische Konzepte, die gewerkschaftliche Lohnpolitik verbetrieblichen oder gar ertragsabhängig machen wollen, konterkarieren diese Ziele.

Sie machen darüber hinaus ein Erfolgsprinzip zunichte: dass durchsetzungsstarke Belegschaften in einer Gewerkschaft Vorreiter für die Fläche sind, und durchsetzungsstarke Gewerkschaften „Marken“ setzen für weniger starke Bereiche.

Differenzierungskonzepte dürfen deshalb nicht Bestandteil unserer Tarifpolitik werden – auch nicht in der Tarifrunde 2002.

• Eine zwischen den Betrieben, Tarifbezirken, Branchen und Einzelgewerkschaften **koordinierte Tarifrunde 2002!** Dies setzt die Kräfte frei und die Dynamik in Gang, die Selbstbewusstsein wachsen lässt, der Macht der Medien etwas entgegensezten und das öffentliche Klima zu unsern Gunsten beeinflusst.

Anti-Kriegs-Bewegung und kämpferische Lohn-Tarifrunde!

Wir brauchen Gewerkschaften, in denen um den besten Weg gestritten wird, wie die Lebens- und Arbeitsbedingungen verteidigt und verbessert werden können. In denen Kampffähigkeit vorbereitet und eingesetzt wird statt nur gedroht. In der Tarifrunde 2002 geht es nicht nur Prozente, es geht auch darum die Gewerkschaften wieder voran zu bringen!

Die Realisierung dieser Zielsetzung hat seit den Anschlägen vom 11. September jedoch gravierend neue Voraussetzungen bekommen:

Seit den Anschlägen vom 11. September wächst die Gefahr eines heraufziehenden Krieges. Wir wissen es alle: das nächste Opfer nach der Wahrheit sind unter Kriegsbedingungen unsere demokratischen Rechte und die Interessen der Lohnabhängigen. Umverteilung von unten nach oben würde beschleunigt werden. Im Trommelfeuer der Propaganda wird versucht, das Bewusstsein gegensätzlicher Interessen zu verschütten und so die Kräfteverhältnisse drastisch zu Lasten der Arbeitnehmer zu verschlechtern.

Wir halten es deshalb für unabdingbar, dass die Gewerkschaften sich laut und deutlich gegen jede militärische Auseinandersetzung und gegen jede Beteiligung der Bundeswehr aussprechen und ihre Mitglieder im Bündnis mit der Friedensbewegung dagegen mobilisieren!

Offener Brief von Auszubildenden an die baden-württembergische Kultusministerin

Lernmittelfreiheit

Sehr geehrte Frau Ministerin Schavan, einige Auszubildende des Daimler-Chrysler Werks Sindelfingen, die im September letzten Jahres ihre Ausbildung zum Teilezurichter begonnen haben, nahmen die Möglichkeit wahr, Schulbücher bei ihrer Schule auszuleihen anstatt sie zu kaufen. Dieses Recht wird ihnen aufgrund des § 14 Punkt 2 der Landesverfassung zugebilligt. Allerdings befanden bzw. befinden sich diese Bücher immer noch in einem katastrophalen Zustand. Es fehlen Seiten, sie sind verdreckt und stimmen inhaltlich nicht mehr mit den neuen gekauften Lehrbüchern ihrer Kollegen überein. Der Unterricht stützt sich ausnahmslos auf die neuen Bücher, so dass es im Unterricht und beim Lernen natürlich zu unterschiedlichen Wissensständen und Verwirrungen kommt.

Einem Kollegen, dessen Mathematikbuch aus dem Jahre 1981 stammt, wurde von der Lehrkraft empfohlen, dieses zu entsorgen. Auf das zugesagte neue Lehrbuch wartet er nunmehr seit einem dreiviertel Jahr. In den neuen Mathematikbüchern wird außerdem bereits in Euro gerechnet. Dies ist in den Büchern aus den 80er Jahren natürlich nicht der Fall.

Selbst in den Tabellenbüchern sind unterschiedliche Werte abgedruckt. Dies kann bei Prüfungen zu erheblichen Nachteilen führen. Selbst auf mehrmaliges Verlangen bekamen die Schüler dennoch keine adäquaten Bücher von der Schule zu Verfügung gestellt. In Anbetracht der Tatsache, dass die Abschlussprüfung in etwa 9 Monaten stattfindet, ist nun höchste Eile geboten, diese Situation zu verändern. Wir erwarten, dass dem in der Landesverfassung verankerten Recht auf Lernmittelfreiheit Rechnung getragen wird und Sie dafür Sorge tragen, dass diese und andere Berufsschüler im Land Baden-Württemberg mit geeigneten Büchern ausgestattet werden. Denn aus unserer Praxis als Jugend- und Auszubildendenvertreter wissen wir, dass diese Kollegen keine Einzelfälle sind. Wir fordern sie daher auf, generell die Verleihpraxis an den Berufsschulen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu überprüfen und entsprechende Mittel für zeitgemäße Lernmittel bereit zu stellen. Mit freundlichen Grüßen
Für die Jugend- und Auszubildendenvertretung Daimler-Chrysler Sindelfingen: Holger Rößer

5000 demonstrieren am 8.9. in Schwerin gegen Lohndumping in Ost und West

„Auftakt im Kampf um den Flächentarif“

In einer emotionalen und zugleich kämpferischen Rede forderte IG BAU-Landesvorsitzender Christoph Burmester die Bauarbeiter auf, ihren mecklenburgischen Verbandsvorsitzenden Bernd Gajda „in die Wüste“ zu schicken. Dem Mecklenburg-Vorpommerschen Wirtschaftsminister Dr. Otto Ebnet (SPD) rief Burmester ebenso wie Arbeitsminister Helmut Holter (PDS) zu: „Bauleute hat es immer gegeben, Minister sind gekommen und gegangen!“

In aufgeheizter Stimmung skandierten viele der Bauarbeiter aus einem halben Dutzend Bezirksverbänden sowie Beschäftigte der Gebäudereinigung und des Garten- und Landschaftsbau „Aufhängen, aufhängen!“, sobald die Namen der Minister und der Gajdas fielen. Verschiedene Sprecher der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt bezeichneten die Schweriner Demonstration als „lediglich einen Auftakt im Kampf um den Flächentarif“.

Die Stimmung war ebenso diszipliniert wie aufgeheizt, als die rund 5.000 DemonstrantInnen – darunter fast 800 aus Kiel und Umgebung – nach und nach vor der Rednerbühne in der Schweriner Innenstadt eintrafen. Zuvor war man rund eine Stunde lang durch die Stadt gezogen und hatte immer wieder „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ sowie aggressives Vorgehen gegen Lohndumping gefordert.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt könnte für Bauleute derzeit dramatischer kaum aussehen. Seit nun schon vier Jahren in Folge, werden in Norddeutschland jährlich rund 10% der Arbeitsplätze im Bauhauptgewerbe abgebaut, die Beschäftigten gegeneinander ausgespielt. Im gesamten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern haben die Tarifverträge mittlerweile nur noch einen humoristischen Effekt – kein Arbeitgeber hält sich an sie. Erst recht nicht, seit der örtliche Baugewerbeverband aus seiner Bundesorganisation ausgetreten ist, um den Flächentarif frontal anzugreifen. Durchschnittlich werden im nördlichsten „neuen“ Land um die 16 Mark Stundenlohn bezahlt – bei einem ausgehandelten Tariflohn von 24,38 Mark im Osten und 27,44 im Westen. Das gefällt vor allem Bernd Gajda, Hauptgeschäftsführer des Verbandes, ausgezeichnet. Der Mann, der den Eindruck macht, als bereite ihm alleine das Wort „Tarifvertrag“ körperliche Schmerzen, warnte in den letzten Monaten ununterbrochen vor einer bundesweiten Tariftreuerichtlinie samt gesetzlicher Verankerung für öffentliche Aufträge, wie ihn die IG BAU fordert. Damit, so Gajda, „verliert Mecklenburg-Vorpommern einen seiner wichtigsten Wettbewerbsvorteile“. Ähnlich scheint das überraschenderweise auch die zumindest auf dem Papier „sozialdemokratisch-sozialistische“ Landesregierung zu sehen.

Auf deren Internet-Seiten werden beispielsweise regelmäßig die Vorzüge des „Standortes“ unter anderem mit „sehr moderaten Löhnen unterhalb der Tariflöhne“ belegt.

Die Folgen des Lohndumpings liegen auf der Hand: Neben sinkender Kaufkraft, deren Aussagegehalt sicherlich umstritten ist, geraten unter dem Eindruck der ostdeutschen Billigkonkurrenz seit Jahren zunehmend auch die mehrheitlich tariftreu entlohnnten Bauhandwerker in den westlichen Bundesländern unter Druck oder verlieren Arbeitsplatz und Existenzgrundlage.

Diesen schon kriminellen Umgang mit den Bauleuten unterstützt im Osten sogar das Arbeitsamt. Als Holstein zum Ende seiner Rede einen Auszug aus den aktuellen Stellenangeboten des Rostocker Arbeitsamtes verlas, trauten viele der DemonstrantInnen ihren Ohren nicht: Reihenweise war da von angebotenen Löhnen die Rede, die nicht nur weit unter Tarif, sondern vielfach gar unter dem allgemeinverbindlichen, gesetzlichen Mindestlohn lagen. „Die Bundesanstalt für Arbeit unterstützt auf diese Weise sogar noch die kriminelle Energie der Unternehmen“, empörte sich der IG BAU-Landesvorsitzende energisch, „das muss ein Ende haben!“

Der Baugewerkschaft scheint es mit der Demonstration vom 8. September gelungen sein, quasi aus dem Stand Aktions- und Mobilisierungsfähigkeit zu zeigen und auch perfiden Angriffen von politischer Seite zu widerstehen. So hatte MecPom-Wirtschaftsminister Ebnet noch am Vorabend erklärt, die Demonstration richte sich in Wahrheit gegen die Bauhandwerker seines Bundeslandes, und damit in gewohnter Manier versucht, einen Keil zwischen die Beschäftigten zu treiben. Das gelang jedoch nicht: Als Christoph Burmester der Menge zurief: „Wir haben nichts gegen polnische Kollegen auf unseren Baustellen – sie sollen nur zu gleichen Löhnen arbeiten! Wir lassen uns nicht mehr gegeneinander ausspielen!“ brandete ohrenbetäubender Lärm aus Trillerpfeifen, Applaus und „Bravo“-Rufen auf.

Trotz der bekannten Probleme, die auch die IG BAU mit Rassismus und Elbenbogenmentalität in den eigenen Reihen hat, scheint sich hier in letzter Zeit durch Aufklärung und Überzeugungsarbeit einiges bewegt zu haben. So stehen für den kommenden Gewerkschaftstag im Oktober gleich mehrere Entschließungsanträge auf dem Programm, die eindeutig gegen Rassismus und Faschismus Stellung beziehen – in einer Schärfe, für die die Baugewerkschaft bislang nicht bekannt war. Da passt es gut ins Bild, dass sich an der Demonstration vom 8. September auch zahlreiche Beschäftigte des Reinigungsgewerbes beteiligten – vielfach MigrantInnen aus afrikanischen oder osteuropäischen Staaten.

Olaf Harning (Nadelstiche, Norderstedt)

Mehr Kindergeld. ESSEN. Die PDS-Ratsgruppe in Essen fordert die Bundesregierung auf, die Ungerechtigkeit zu korrigieren, dass nach dem Gesetz zur Kindergeld erhöhung ab 1. 1. 2002 die Erhöhung um 30 DM für das erste und zweite Kind bei SozialhilfebezieherInnen auf die Sozialhilfe angerechnet werden soll. Rat und Landesregierung werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen. Falls dies keinen Erfolg hat, soll die Stadt Essen für Kinder im Sozialhilfebezug zusätzlich 30 DM im Monat als freiwillige Beihilfe zahlen. Dies wäre als Beitrag gegen die Kinderarmut dringend geboten. Die Sozialhilfesätze für Kinder (zwischen 281 und 505 DM) liegen ohnehin weit unter dem tatsächlichen Bedarf, der von den Wohlfahrtsverbänden auf 710 bis 820 DM pro Monat geschätzt wird.
(PM Ratsgruppe der PDS/OL Essen v. 24. 9. 01).

Einspruchsrecht gegen UMTS. KÖLN. Seit dem 19. September ist ein Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf rechtskräftig, das besagt, dass gewerblich genutzte Mobilfunkanlagen in „reinen Wohngebieten“ nicht vereinbar sind, da die Errichtung von solchen Anlagen „keine Wohnnutzung“ darstellt (VG Düsseldorf, AZ 9 L 1021/01). Das Urteil gesteht auch ein „nachbarliches Abwehrrecht“ zu und eröffnet damit die Möglichkeit für betroffene Anwohner, unmittelbar tätig zu werden. Die Kommunen können durch die Baunutzungsverordnung auf die Anlagenerrichtung stärker Einfluss nehmen. Die Landesregierung NRW will durch einen Erlass die Einbeziehung der Bevölkerung bei Aufstellung solcher Anlagen regeln.

(Lokalberichte Köln 20/2001)

Verkehrspolitische Sondierung: HAMBURG. Zu den bekannt gewordenen „Ergebnissen“ der verkehrspolitischen Sondierungsgespräche von CDU, Schill-Partei und FDP erklärt die Bürgerschaftsabgeordnete Heike Sudmann: „Der angekündigte Verzicht auf die Stadtbahn ist ein Anschlag auf den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs. Die Stadtbahn ist ein preiswertes, ökologisches Verkehrsmittel, das sich in vielen europäischen Städten bewährt hat. Die Ankündigung ist ein weiterer Beweis dafür, dass Hamburgs Regierung in spe nur auf die Verstopfung Hamburgs durch mehr Autoverkehr, aber nicht auf sinnvolle Projekte des Öffentlichen Nahverkehrs setzt. Die Hamburger Klimaziele, mehr Verkehrssicherheit und eine gute Beförderung der HamburgerInnen, die über kein eigenes Auto verfügen, ist so nicht zu erreichen. Verkehrspolitisch völlig unsinnig ist hingegen der Ruf nach der Wiederbelebung der Transrapid-Strecke Hamburg-Berlin. Der Transrapid ist und bleibt ein Millionengrab, der

die dringend notwendige Verbesserung der ICE-Strecke Hamburg-Berlin jahrelang verhindert hat. Er dient nur den an seiner Erstellung beteiligten Industrieunternehmen, nicht aber den HamburgerInnen und Hamburger.“

(PM Regenbogen)

Kommunale Finanzen: WIESBADEN. Das Statistische Bundesamt hat die Haushaltsergebnisse der Gemeinden und Gemeindeverbände (ohne Stadtstaaten) für das 1. Halbjahr 2001 vorgelegt. Danach stiegen die kommunalen Ausgaben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um +1,6% an, während die Einnahmen um -1,2%, insbesondere die Steuereinnahmen sogar um -4,2% sanken. Das Finanzierungsdefizit in den kommunalen Haushalten hat sich zum Ende des 1. Halbjahrs 2001 mit -5,4 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr (-1,7 Mrd. DM) mehr als verdreifacht. Der Rückgang der gesamten Einnahmen der Kommunen um -1,2% auf 128 Mrd. DM teilt sich auf in einen Rückgang um -0,9% in den alten Ländern und um -2,6% in den neuen Ländern. Die Steuereinnahmen der Kommunen sanken bundesweit um -4,2% auf 40,67 Mrd. DM, wobei sie in den alten Ländern um -3,9% und in den neuen Ländern um -7,0% abnahmen. Die gesamten Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände lagen im 1. Halbjahr 2001 mit 133,5 Mrd. DM 1,6% über dem Vorjahr. In den alten Ländern stiegen sie um 2,0% auf 111,3 Mrd. DM, in den neuen Ländern nahmen sie um 0,6% auf 22,2 Mrd. DM ab.

www.dstgb.de

Brennpunkt Zuwanderung: Der DStGB gibt allen Interessierten in den Kommunen die Gelegenheit, sich direkt aus den wichtigsten Originaldokumenten zum Themenkomplex Zuwanderung und Integration zu informieren. Kernstück des Brennpunktes „Zuwanderung“ ist eine übersichtliche Zusammenstellung der zahlreichen aktuellen Richtlinienentwürfe der Europäischen Kommission zur europäischen Asyl- und Einwanderungspolitik. Auch die bereits in Kraft getretenen Rechtsakte in diesem seit dem Amsterdamer Vertrag neuen Politikbereich der Europäischen Gemeinschaft und die grundlegenden Mitteilungen der Europäischen Kommission über die von ihr verfolgte Politik können dort heruntergeladen werden. Außerdem stehen das Positionspapier des Deutschen Städte und Gemeindebundes zum Thema Zuwanderung und Integration, der Abschlußbericht der Zuwanderungskommission der Bundesregierung, ein Verweis auf den Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums zum Zuwanderungsgesetz und weitere Texte zur Verfügung.

(www.dstgb.de)

(Zusammenstellung: ulj)

WIDERSTAND

BERLIN. Ungefähr 3.000 Flüchtlinge aus ganz Deutschland und etwa 500 deutsche UnterstützerInnen nahmen am 29. September an der Demonstration unter dem Motto „Flüchtlinge gegen Schilys rassistischen Gesetzesentwurf“ teil. Zur Demonstration war von einem breiten Bündnis von Flüchtlings- und MigrantInnen- und Exilorganisationen aufgerufen worden. Gerade als die Demonstration vom Alexanderplatz losging und die S-Bahn unterquerte, warfen Skinheads vom Bahnsteig der S-Bahnstation Alexanderplatz von oben eine Glasflasche in die Menge, die eine schwarzafrikanische Asylbewerberin aus Düsseldorf am Kopf traf. Die Demonstration war Abschluss einer Aktionswoche in der Humboldt-Universität. Während dieser fand am 25.9. auch eine Dampferfahrt statt, Transparente wie „Das Boot ist nicht voll“ und antirassistische Parolen hingen aus, vom Ufer gut lesbar. Als der Dampfer in die Nähe des Regierungsviertel kam, wurde die Polizei aktiv. Transparente und Megaphon mussten eingepackt werden, alle Passagiere wurden vom Sonnendeck ins Schiffssinnere verwiesen. www.stop-schily.de www.umbruch-bildarchiv.de



Resolution gegen Rassismus und Rasterfahndung an der Universität

AACHEN. Wir StudentInnen lassen uns nicht nach unserer Herkunft oder Religion sortieren! Deshalb weisen wir das Ansinnen bundesdeutscher Polizeibehörden und Nachrichtendienste, die Datenbestände von KommilitonInnen arabischer Herkunft und islamischen Glaubens zu sammeln und auszuwerten, in aller Entschiedenheit zurück. Wir appellieren an alle Hochschulleitungen und Hochschuleinrichtungen in der BRD, im Falle einer entsprechenden Anfrage umgehend die Öffentlichkeit davon in Kenntnis zu setzen, und sich in keiner Weise an einem wie auch immer gearteten rassistisch motivierten Vorgehen der Polizeibehörden und Nachrichtendienste zu beteiligen. Gegen jede Hochschulleitung und jede Hochschuleinrichtung, die dennoch in diesem Zusammenhang Datensätze übermittelt, ohne das ihr mögliche getan zu haben, dieses zu verhindern, erheben wir den Vorwurf, das friedliche Zusammenleben der StudentInnen nachhaltig zu gefährden. Wir werden deshalb mit allen möglichen Mitteln, auch auf juristischem Wege, gegen eine solche Herausgabe vorgehen. www.antifaprojekt.de ErstunterzeichnerInnen: freier Zusammenschluß von studentInnenschaften (bundesweit), Autonomes Antifaprojekt an den Aachener Hochschulen, Fachschaft 7/1 Philosophie an der RWTH Aachen, AStA Technische Universität Darmstadt, AStA Fachhochschule Düsseldorf, AStA Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg, AStA evangelische Fachhochschule Nürnberg, Fachschafts-Räte-Vollversammlung Universität Tübingen.

Vielfältige Aktionen gegen den Parteitag der DVU in Passau

PASSAU. 2500 Menschen quer durch die Gesellschaft kamen zur offiziellen Protestdemonstration der Stadt Passau am 29. September und unter dem Motto „wir pfeifen auf Gewalt“ zogen über 400 „Unabhängige Jugendliche“ durch die Stadt,

weitere 300 beteiligten sich an der Sportaktion „Lauf gegen Rechts“. Erstmals war ein Boykottaufruf erfolgreich, niemand wollte die DVU in der Nibelungenhalle bewirken, erst in allerletzter Minute ließ sich ein stark verschuldeter Wirt doch noch dazu herab, doch Küche und Schankanlage hielt der Pächter verschlossen. Die ganze Woche über fanden Aktionen gegen den DVU-Kongress statt. Gut 3000 Schüler und teilweise Lehrer beteiligten sich daran. An dem Schulgebäude gegenüber der DVU-Halle hing gut sichtbar das Transparent „900 Schüler und Lehrer der FOS/BOS gegen Rechtsradikalismus“. PNP, 29.9./1.10.

Demonstration gegen die NPD-Kundgebung in Altenkirchen

ALtenkirchen. Gegen die Kundgebung der NPD in Altenkirchen (Westerwald) gingen am 29. September rund 1200 Demonstranten auf die Straße. Der Rat der Stadt Altenkirchen hatte gemeinsam mit allen Fraktionen beschlossen, zu dieser Gegenkundgebung aufzurufen. Während der Demozug der Bürger noch durch die Stadt ging, kam das geringe Häufchen von rund 120 NPD Demonstranten zum



Stehen. Der Grund: pflugs hatten eine multikulturelle Gruppe zumeist junger Leute die Straße besetzt. Erst als die stark vertretenen Einsatzkräfte diese Gruppe zurückdrängte, konnten die NPDler ihre Kleindemo fortsetzen.

Währenddessen betonten zahlreiche Redner, dass mensch dem braunen Mob die Straße nicht überlassen werde. Der Bürgermeister der Stadt Altenkirchen appellierte an die Zuhörer, nicht zu denken mit einer Gegendemo seine Pflicht getan zu haben. Vielmehr müsse man täglich den Faschismus entgegentreten.

Nachdem die Kundgebung aufgelöst wurde, gingen noch zahlreiche Leute zum Bahnhof, wo die NPD ihre Abschlusskundgebung hielt. Teilweise wurden sie von einer Polizeikette daran gehindert. Es gelang jedoch hinreichend vielen Gegendemoteilnehmer vor Ort ihren Unmut zu bekunden. Von einer starken Polizeikette geschützt, boten die NPD-Redner ihr Weltbild feil. Sie beklagten, von V-Leuten bespitzelt zu werden und besonders viel Aufmerksamkeit der Polizei zu erregen. Einen besonderen Höhepunkt der rechten Argumentation bildeten Einzelfallbeispiele von kriminellen Handlungen von Ausländern, im Einzelnen US-Amerikaner, an „Deutschen“. Zum Schluss sangen die Rechten das Deutschlandlied, welches in einem gewaltigen Pfeifkonzert unterging. micha, <http://de.indymedia.org>

„Preis für die größtmögliche Gemeinheit 2001“ erhält Greiz

ERFURT. Zum zweiten Mal verleiht der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. am Tag des Flüchtlings den „Preis für die größtmögliche Gemeinheit“. Der diesjährige Preis geht an das Sozialamt des Landkreises Greiz. Mit dem Preis können Behörden, AmtsträgerInnen oder PolitikerInnen in Thüringen für besondere Anstrengungen bei der Diskriminierung und Ausgrenzung von Flüchtlingen ausgezeichnet werden. Besonders gewürdigt werden da-

bei vorauselender Gehorsam, überschließende Ignoranz, die exzessive Verletzung von Persönlichkeitsrechten sowie außergewöhnliche Bemühungen, die (rechtliche) Lage von Flüchtlingen in Thüringen weiter zu verschlechtern. – Aus den für die diesjährige Preisverleihung eingereichten Vorschlägen votierten Vorstand und SprecherInnen des Flüchtlingsrates einstimmig, das Sozialamt des Landkreises Greiz dafür auszuzeichnen, dem Asylbewerber Arsen G. Prothesen für seine im tschetschenischen Bürgerkrieg verlorenen Unterarme zu verweigern. Trotz fachärztlicher Gutachten, die die Dringlichkeit der prosthetischen Versorgung feststellen, wurde der erstmals im August 2000 gestellte Antrag zunächst ignoriert und dann abgelehnt. Die Bewilligung der Prothesen sollte nach Auffassung des Amtes bis zur Entscheidung über den Asylantrag aufgeschoben werden. Das Amt stellte aufenthaltsrechtliche Erwägungen über medizinische Erfordernisse. Das Amt nahm damit erstens billigend in Kauf, dass Arsen G. bei einem möglicherweise mehrere Jahre dauernden Asylverfahren in völliger Hilflosigkeit lebt. Es nahm zweitens in Kauf, dass die Muskulatur der Armstümpfe sich zurückbildet und eine optimale prosthetische Versorgung unumkehrbar ausgeschlossen wird. Es nahm drittens in Kauf, dass bei einem negativen Abschluss des Asylverfahrens im Heimatland eine prosthetische Versorgung nicht gewährleistet ist. Und es erwies sich viertens als ebenso frauenfeindlich wie behindertenfeindlich, denn die vollständige Versorgung von Arsen G. soll durch seine Frau und seine Mutter sichergestellt werden.

www.fluechtlingsrat-thr.de

Brandenburger Verfassungsgericht kassiert Kita-Volksinitiative

POTSDAM. Das Brandenburger Landesverfassungsgericht hat die Volksinitiative „Für unser Kinder“ für unzulässig erklärt. Ziel des Antrags war der Erhalt des Rechtsanspruches auf einen Kindertagesstättenplatz für alle Kinder zwischen 10 und 12 Jahren. Die Volksinitiative würde in den Landeshaushalt eingreifen und sei deshalb verfassungswidrig, sagten die Richter. Zwei der acht Richter gaben ein abweichendes Votum ab. Sie halten die Volksinitiative für zulässig. Der Vorsitzende der bundesweiten Bürgeraktion Mehr Demokratie, Tim Weber, erklärte am 20. Sept.: „Das Urteil ist ein herber Rückschlag. Gemeinsam mit den Wahlen ist die Volksabstimmung das Herz der brandenburgischen Demokratie. Mit diesem Urteil werden die Volksrechte entkernt. Es gibt nur wenige Entscheidungen ohne finanzielle Folgen. Da soll das Volk jetzt außen vor bleiben. Die Volksabstimmung wird zu einer Demokratie zweiter Klasse degradiert. 12 Jahre nach der demokratischen Revolution ist dies – nach der gestrigen Ablehnung des Thüringer Volksbegehrens – eine

traurige Woche für die Demokratie in den Ost-Ländern. Der Weg zu fairen Volksrechten ist noch weit. Doch er ist unausweichlich, und wir werden weiter daran arbeiten. Wir haben im August eine Volksinitiative zum Ausbau der Direkten Demokratie in Brandenburg eingereicht. Werden unsere Vorschläge zur Änderung der Landesverfassung umgesetzt, dann sind in Zukunft auch Volksbegehren mit Auswirkungen auf den Haushalt möglich.“ www.mehr-demokratie.de

VVN-BdA protestiert gegen den Abriss der Rampe in Bergen-Belsen

FRANKFURT, MAIN. Der Bundesausschuss der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) protestiert gegen die Abrissarbeiten an der historischen Bahnrampe in Bergen-Belsen. Der verantwortlichen Standortverwaltung der Bundeswehr hätte bekannt sein müssen, dass diese Rampe, wenige Kilometer vom ehemaligen Konzentrationslager entfernt, während der Nazi-Diktatur der Ankunfts-ort der Gefangenen war. Allein der Name Bergen-Belsen hätte zu Fragen nach der Zulässigkeit von solchen Bauarbeiten führen müssen, auch unabhängig vom formalen Denkmalschutz. Jedes Jahr im April finden in Bergen-Belsen Gedenkfeiern anlässlich der Befreiung des Lagers statt, was der Bundeswehr kaum verborgen geblieben sein dürfte. Es ist dem Landtagspräsidenten Rolf Wernstedt nur zuzustimmen, wenn er den teilweisen Abriss der Rampe eine „Gedanken- und Pietätlosigkeit sondergleichen“ nennt. „Vor der Geschichte dieses Ortes ist auch zu überlegen, ob es angemessen ist, dass diese Rampe seit Jahren von der Bundeswehr zum Panzer verladen genutzt wird!“ sagte der Bundes-sprecher der VVN-BdA Stefan Hölzer in Braunschweig. Es wäre wünschenswert, wenn sich die Bundeswehr in Zukunft im Rahmen ihrer Traditionspflege stärker mit dem historischen Ort KZ Bergen-Belsen auseinandersetzen würde, an dem etwa 70.000 Menschen, darunter auch Anne Frank und ihre Schwester, ermordet wurden oder an Hunger und Seuchen starben.

www.vvn-bda.de/bund/

Internationalismuskongress vom 12. bis 14. Oktober in München

MÜNCHEN. Der Bundeskongress entwicklungspolitischer Initiativen (BUKO) veranstaltet von 12.–14. Oktober 2001 seinen jährlichen Kongress in der Ludwig Maximilians Universität München. Bis zu 400 TeilnehmerInnen aus dem entwicklungspolitischen-, dem Eine Welt-, dem globalisierungskritischen, aber durch die jüngsten Ereignisse zudem auch aus dem friedens- und antimilitaristischen Spektrum werden ein Wochenende lang in Arbeitsgruppen, Workshops und Podiumsdiskussionen die Themen Globalisierung sowie die Perspektiven der globalisie-

rungskritischen Bewegung nach dem G8-Gipfel in Genua diskutieren.

Im Prozess der neoliberalen Globalisierung nimmt die Europäische Union eine Sonderrolle ein. Diese soll in den Themen-schwerpunkten „Militarisierung, Krieg und Rüstung“, „EU-Erweiterung und Abschottung“ sowie „Europäisches Kapital und ‘Entwicklung’“ beleuchtet werden. Bei der Eröffnungsveranstaltung am Freitag Abend wird Wolf Dieter Narr, Sprecher des Komites für Grundrechte und Demokratie die Europäische Union als suprastaatliche Institution und die staatliche Repression und Gewalt, die bei den Gipfeln in Göteborg und Genua eine neue Qualität erreichte, staatstheoretisch verorten. Beim Abschlusspodium am Sonntag Mittag diskutieren VertreterInnen der Euromärsche, der Sans Papier aus Belgien, sowie ein Vertreter des BUKO weitere Perspektiven der globalisierungskritischen Bewegung, zum Beispiel auch die Mobilisierung zum nächsten EU-Gipfel im Dezember in Brüssel.

Die Terroranschläge in den USA haben zu Ergänzungen im Programm geführt: der BUKO 24 wird auch ein Ort sein, an dem das friedenspolitische und antimilitaristische Spektrum zusammen kommen, um die veränderte Lage und mögliche Initiativen zu besprechen. Der BUKO 24 findet in Zusammenarbeit mit dem Studentischen Sprecherrat der Universität München statt. www.buko24.de

Demonstration gegen Abschiebehalt mit 1500 Teilnehmern

BÜREN. Am 3.10. fand in Büren eine bundesweite Demonstration gegen den größten Abschiebeknast in Deutschland statt. Ein breites Bündnis aus antifaschistischen und antirassistischen Gruppen hatte zu der Kundgebung aufgerufen. Über 1500 Teilnehmer aus der ganzen Bundesrepublik protestierten lautstark und friedlich gegen die unmenschliche Abschiebemaschinerie der BRD. In zahlreichen Redebeiträgen wurde die Abschaffung der Abschiebehalt und aller anderen rassistischen Sondergesetze gefordert. In Büren sind bis zu 560 Flüchtlinge unschuldig inhaftiert. Der einzige Grund ihrer Inhaftierung ist, dass der Verwaltungsakt der Abschiebung für die Ausländerbehörden leichter durchzuführen ist. Während der gesamten Demonstration hat die Anstaltsleitung der JVA Büren die Sicherheitsmaßnahmen massiv verschärft. Trotzdem ist die Demonstration von den Gefangenen positiv aufgenommen worden, wurde für sie doch deutlich, dass es außerhalb der Mauern noch Menschen gibt, die sich mit ihnen solidarisieren.

Geharnischte Kritik an den „Ausreisenzentren“, die Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) im Entwurf für ein neues Zuwanderungsgesetz favorisiert, kam von einer Rednerin des Bündnis gegen Abschiebung aus Osnabrück. (PM Büren-Gruppe Paderborn, jW 5.10.01)

Europäischer Bürgerkongress in Lüttich (Belgien)

Viele hatten sich am 21. September frei genommen, nur Petrus machte Überstunden. Kaum waren die ersten Demonstranten aus den Bussen gestiegen, da öffnete er die Wolken und der Regen ergoss sich über der bunten Menge, die sich an Lüttichs alter Zitadelle versammelte. Regenschirme wurden aufgespannt und rundeten das farbige Bild der roten und grünen Blöcke ab, die langsam Aufstellung nahmen. Der europäische Gewerkschaftsbund und die ATTAC-Netzwerke verschiedener Länder hatten aufgerufen, gegen das Treffen der europäischen Finanz- und Wirtschaftsminister (Ecofin) zu demonstrieren. Gekommen waren vor allem belgische und französische Gewerkschafter. Aus dem britischen Dover war eine kleine Delegation von Hafenarbeitern angereist; die deutschen Gewerkschaften waren mit einem Bus voll Eisenbahner aus Nordrhein-Westfalen und einem weiteren von ver.di organisierten aus Berlin vertreten. Aus der Hauptstadt waren zumeist Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gekommen. Der Grund: Privatisierung war eines der großen Themen der Demo.

„Privatisierung bedeutet das Ende des öffentlichen Dienstes und der Renten“, hieß es auf einem Transparent französischer Teilnehmer. Ein anderes forderte die Sicherung des Zugangs für jedermann zum Telefonnetz, die durch die Privatisierung gefährdet werde. In Frankreich und Belgien thematisieren viele Gewerkschaften des öffentlichen Sektors in den letzten Jahren besonders die Rolle, die kommunale und staatliche Betriebe in den verschiedensten Bereichen für die Grundversorgung der Bevölkerung spielen. Die EU-Ministerratstagung war daher auch die richtige Adresse, um gegen den allgemeinen Trend zum Ausverkauf öffentlichen Eigentums zu protestieren.

Schließlich bestimmt dieser zusammen mit der EU-Kommission die entsprechenden Richtlinien und Verordnungen, die auf nationaler und lokaler Ebene den Druck für Privatisierung erzeugt.

Doch war das am Freitag in Lüttich weder für die Minister noch für die Demonstranten das einzige Thema. 15.000, meinten die Veranstalter, waren gekommen. Die Polizei sprach von mehr als 12.000. Für viele von ihnen stand die Forderung nach einer Devisenumsatzsteuer, der sogenannten Tobin-Steuer, ganz oben auf der Prioritätenliste. Belgien hatte versprochen, das Thema während seiner derzeitigen EU-Ratspräsidentschaft zur Sprache zu bringen. ATTAC Belgien nutzt daher viele der in Belgien stattfindenden EU-Treffen dazu, um für diese Forderung Druck zu machen. Auch aus Deutschland und Frankreich waren einige wenige ATTAC-Mitglieder angereist. ATTAC Deutschland hatte erst letzte Woche eine Expertise des Bremer Ökonomen Jörg Huffschmid vorgelegt, nach der die Tobin-Steuer in der EU im Alleingang eingeführt werden könnte.

Ein Teil der Demonstranten aus dem In- und Ausland blieb über das Wochenende in der Stadt an der Maas und machte durch ihre Anwesenheit einige Polizisten nervös. Die waren zuvor wie Teile der Öffentlichkeit in Panik versetzt worden und waren etwas desorientiert, dass es keine Wiederholung der Göteborger Straßenschlachten gab. So mussten sie sich damit begnügen, jugendliche Passanten zu filzen, deren Äußeres ihnen nicht paßte.

Im Anschluss an die Demonstration hatten ATTAC Frankreich und Belgien einen „Europäischen Bürgerkongress organisiert“, der zur Positionsbestimmung der sozialen Bewegungen beitragen sollte. Etwas über 1.000 Teilnehmer, hauptsächlich aus Belgien und Frankreich, aber auch aus anderen EU-Ländern waren zusammengekommen, um über „ein anderes Europa für eine andere Globalisierung“ zu diskutieren. In vier Arbeitsgruppen wurde über Themen wie Privatisierung, Welt-



handel und WTO, Nord-Süd-Beziehung sowie Besteuerung von Devisenhandel gesprochen und eine gemeinsame Erklärung erarbeitet. Die Teilnehmer kamen hauptsächlich aus den ATTAC-Netzwerken in den verschiedenen Ländern und von Gewerkschaften.

Auch wenn der Schwerpunkt auf sozialen und ökonomischen Forderungen an die EU lag, so waren die Anschläge in den USA und ihre politischen Folgen in vielen Beiträgen präsent. „Nach den Anschlägen ist alles anders“, meinte zum Beispiel Nicola Bullard, die in Bangkok für „Focus on the Global South“ arbeitet, einem Institut, das sich der Lobby- und Aufklärungsarbeit aus Sicht der Interessen des ärmeren Teils der Bevölkerung in den so genannten Entwicklungsländern gewidmet hat. Politiker in den USA und Europa, so Bullard, würden die Anschläge schamlos ausnutzen, um gegen Globalisierungskritiker und Freihandelsgegner zu polemisieren. Handelsliberalisierung würde mit Freiheit und Zivilisation gleichgesetzt, wie z. B. in einem jüngsten Artikel des US-Handelsministers, und deren Gegner mit Terroristen in Verbindung gebracht. Aber auch wenn dadurch die Situation schwieriger geworden ist, so waren sich die Kongressteilnehmer doch in einer Reihe wichtiger Forderungen einig. So wurde z. B. eine neue Verhandlungsrounde in der WTO, wie sie die EU anstrebt, abgelehnt. Auch die bereits laufenden Gespräche über Dienstleistungen wurden stark kritisiert.

Grundversorgung und Bildung dürften auf keinen Fall privatisiert werden. Ansonsten würde die Forderung nach der sogenannten Tobin-Steuer, das heißt eine Devisenumsatzsteuer, erneut, ein Grundeinkommen für Arbeitslose verlangt und die Regierungen aufgefordert, eine wirksame Beschäftigungspolitik zu betreiben. *wop, aus LinX, Sozialistische Zeitung für Kiel, Nr. 19/20 2001*



Attac schon am Ziel?

Nach Genua sind Europas Regierende mit einem Mal voller Einsicht: Jospin unterstützt die Tobin-Steuer, die belgische EU-Ratspräsidentschaft will einen „konstruktiven Dialog mit Gewerkschaften, Managern und Nichtregierungsorganisationen“ und Gerhard Schröder will die Finanzmärkte besser kontrollieren. Frankreich und Deutschland vereinbarten Anfang September zudem, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die dafür sorgen soll, dass die Globalisierung „wirtschaftlich effektiv aber dennoch sozial verantwortlich“ verläuft. LinX, die Sozialistische Zeitung für Kiel wollte wissen, was Attac Deutschland zu dieser Simulation von Politik sagt, und sprach mit Felix Kolb, der im zentralen Büro der jungen Organisation als Pressesprecher arbeitet. (wop)

LinX: Bundeskanzler Schröder hat versprochen, sich um die „Verselbständigung spekulativer Finanzströme“ zu kümmern. Ist Attac damit schon am Ziel?

Felix Kolb (F.K.): Nein, auf keinen Fall. Was Herr Schröder gestern von sich gegeben hat, ist sehr, sehr vage gewesen und ist allenfalls rhetorisch. Er hat einfach bemerkt, dass immer mehr Menschen sehr besorgt sind über die Durchökonomisierung der Gesellschaft. Was er gesagt hat, ist für uns allenfalls der erste Schritt. Wir werden jetzt den Druck intensiveren um die Regierung weiter vor uns herzutreiben.

LinX: Schröder sprach davon, dass es vor allen Dingen junge Menschen seien, die vor der „Weltraumkälte der Globalisierung“ Angst hätten. Hat Attac nur jugendliche Mitglieder?

F.K.: Nein, natürlich nicht. Das ist der Versuch, uns als Jugendbewegung darzustellen und uns damit auch ein bisschen runter zu spielen. Wir haben eine sehr gemischte Mitgliedschaft; von Senioren bis zu Schülerinnen und Schülern, aber wir sind keine reine Jugendbewegung.

LinX: Haben Sie nicht Angst, in der Umarmung von Bundesregierung und Grünen zu ersticken?

F.K.: Durchaus nicht. Unsere Antwort ist, die Bundesregierung vorzuführen. Wir werden in Zukunft verstärkt auf Forderungen abheben, bei denen die Regierung nicht einfach sagen kann: „Na ja, finden wir ja ganz gut, geht aber nicht, wegen den USA.“ Ein wichtiges Thema wird die Reform des Gesundheitswesens, weil die Bundesregierung eine Privatisierung plant. Wir werden uns da ganz entschieden gegen die Zweiklassen-Medizin engagieren. Außerdem werden wir anlässlich der WTO-Tagung im November gegen die weitere Globalisierung des Welthandels protestieren. Da wird die

Bundesregierung große Probleme haben, uns zu umarmen.

LinX: Was hat die Reform des Gesundheitswesens mit Globalisierung zu tun?

F.K.: Direkt nicht sehr viel. Aber Attac geht es nicht nur um Globalisierung, sondern um die Durchökonomisierung der Gesellschaft und darum, weitere Privatisierungen zu verhindern. Daher ist das einfach auch ein Thema für uns. Eine Verbindung zur Globalisierung gibt es insofern, als durch eine Privatisierung wiederum den Kapitalmärkten weiteres Kapital zugeführt würde. Aber wir sind nicht nur eine globalisierungskritische Bewegung, uns geht es um soziale Gerechtigkeit.

LinX: Also mehr als eine Ein-Punkt-Bewegung?

F.K.: Auf jeden Fall. Nach unserem Kongress in Berlin im Oktober planen wir, unseren Forderungskatalog auf die Bereiche Welthandel und soziale Sicherungssysteme auszudehnen. Wir sind mittlerweile ganz klar über die Finanzmärkte hinaus.

LinX: James Tobin meint, dass ihr Applaus für seine Vorschläge von der falschen Seite käme. Haben Sie ihn missverstanden?

F.K.: Ich denke nicht. Herr Tobin steht weiterhin zur Tobinsteuern, aber ihm gefallen andere Sachen nicht, die wir vertreten. Aber im Kern der Tobinsteuern haben wir keinen nennenswerten Unter-

Globaler Aktionstag gegen die WTO am 9. November

Gewerkschaftsführer der ganzen Welt haben sich parallel zum G8-Gipfel in Genua zu einer Sondersitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Internationalen Bunds Freier Gewerkschaften (IBFG) getroffen und dort vereinbart, anlässlich der nächsten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Doha, Qatar, in aller Welt in den Betrieben einen „Globalen gewerkschaftlichen Aktionstag“ durchzuführen. Der Aktionstag soll am 9. November 2001 stattfinden, das ist der Eröffnungstag der WTO. „Ziel des Aktionstags ist es darauf hinzuweisen, dass die Gewerkschaften nicht länger gewillt sind, die negativen Folgen der Globalisierung für die abhängig Beschäftigten in aller Welt hinzunehmen und das Augenmerk auf die ernsthaften Defizite zu richten, die das Welthandelssystem derzeit aufweist“, dies erklärte Bill Jordan, der Generalsekretär des IBFG.

Auf der WTO-Konferenz wird Global Unions fordern:

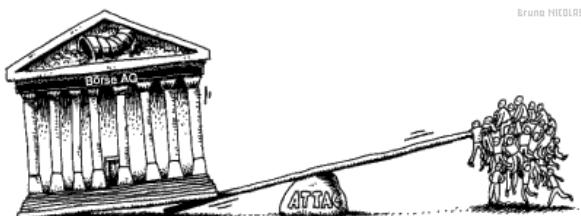
- Schutz der elementaren Rechte der Arbeitenden vor der Ausbeutung, die aus dem Welthandel resultiert;
- Reform des Welthandelssystems zugunsten der Armen in den sich entwickelnden Ländern;
- Recht auf eine qualifizierte universelle Ausbildung und ein Gesundheitssystem, die in öffentlicher Hand liegen und von den Regeln der WTO nicht berührt werden;
- Preiswerte und zugängliche Arzneimittel zur Bekämpfung von Seuchen wie HIV/Aids;
- Öffnung des Welthandelssystems für die Konsultation mit Gewerkschaften und anderen demokratischen Vertretern der Zivilgesellschaft.

Der Aktionstag wird global koordiniert sein und lokal durchgeführt werden; er wird verschiedene Aktionsformen annehmen, die von den jeweiligen Ländern zu beschließen sind und von Demonstrationen und Arbeitsniederlegungen bis zu Diskussionen im Betrieb, öffentlichen Veranstaltungen und hoch mediawirksame Aktionen gehen.

www.global-unions.org

ATTAC wird mit einer Aktion in Berlin am 8. November die deutsche WTO-Delegation verabschieden. Am 10. November findet in Deutschland ein dezentraler Aktionstag statt. Die Euromarschgruppen wollen versuchen, dass die Gewerkschaften auch diesen Tag nutzen, v.a. für Veranstaltungen in den Betrieben.

Weitere Informationen, umfangreiche Materialien zum Thema WTO/Welthandel und Links zu weiteren Organisationen unter www.attac-netzwerk.de



schied. Im Prinzip geht es um eine Art Umsatzsteuer auf Devisen-Transaktionen. Täglich werden Währungen im Gegenwert von 1,5 Billionen US-Dollar getauscht, ganz überwiegend aus rein spekulativen Motiven. Die Steuer würde einen Großteil dieser Transaktionen unwirtschaftlich machen und damit die Märkte ein Stück weit stabilisieren.

LinX: Tobinoutet sich im Spiegel-Interview als Anhänger des Freihandels. Würden Sie das auch unterstützen?

F.K.: Nein, auf keinen Fall. Attac fordert einen Stop weiterer Liberalisierungen. Wir treten allerdings dafür ein, dass die Industrieländer ihre Märkte für Entwicklungsländer öffnen, allerdings ohne – wie es in der Regel geschieht – Auflagen in anderen Bereichen zu erzwingen.

Aus: LinX, Sozialistische Zeitung für Kiel, Nr. 19/20 2001

Berliner Wahlkampf von rechts

An den gegenwärtigen Neuwahlen in Berlin beteiligen sich auch dieses Jahr wieder diverse Parteien aus dem rechtsradikalem Spektrum. Die Berliner Republikaner versuchen ihre Sitze, die sie bei der letzten Wahl in einigen Bezirken erlangen konnten, zu verteidigen. Auch die NPD träumt von einem hohen Wahlergebnis bei den Berliner Abgeordnetenhauswahlen. Parteichef Udo Voigt erklärte hierzu: „Mit der überraschenden Neuwahl in Berlin kommt auf die NPD nach den unausgereiften und hastig gestellten Verbotsanträgen der zweite Glücksfall zu.“ Ihre nötigen Unterstützerschriften sammelte die NPD innerhalb der letzten Wochen bei einem Fußballspiel von Hertha BSC, beim Panke-Fest in Pankow und auf dem Weißenseeer Blumenfest zusam-



Von Polizei begleitete Demonstration der NPD am 3. Oktober in Berlin.

men. Die Versuche jugendlicher AntifaschistInnen gegen die Präsenz der Nazi-Partei auf den Bürgerfesten zu protestieren wurden von der Polizei rigoros unterbunden. Ein Beauftragter des Polizeipräsidenten entschuldigte sich gar bei der NPD, nachdem einige NPD-Wahlkämpfer von der Polizei kontrolliert wurden. Selbst als einige NPD-Mitglieder auf der CDU-Veranstaltung zum Jahrestag des Mauerbaus mit Flugzetteln „Berlin schützen – Mauer um die CDU-Zentrale – NPD“ auftraten, führte dies zu keinem Einschreiten. Im Internet drohte die NPD mit einem Wahlkampf „wie ihn Berlin noch nicht erlebt hat“. So rühmen sich einige NPD-Anhänger über 36 Stunden lang eine Mahnwache am Tierpark in Berlin-Lichtenberg durchgeführt zu haben, ohne sich dabei hinzusetzen. Als einige Berliner Restaurants die Aktion „Kochen gegen rechts – wir haben es satt“ durchführten, marschierte prompt die NPD vor einem der teilnehmenden Restaurants in Berlin-Mitte auf.

Auch wenn die Berliner NPD in diesem Wahlkampf auf Kandidaten aus dem Spektrum der Freien Kameradschaften und des Blood & Honour-Netzwerkes verzichtete, lassen ihre Wahlausagen keinen Zweifel an ihrer Gesinnung. So wird im Internet mit antisemitischem Unterton gegen das „weltweit agierende Finanzkapital“ schwadroniert, die „Einführung eines deutschen Jugenddienstes“ gefordert und über Menschen mit „biologisch abnormaler sexueller Neigung“ in der SPD berichtet.

Doch auch jenseits von Republikanern und NPD finden sich Personen aus dem äußerst rechtem Spektrum auf den Wahlzetteln. So tritt z.B. die Berliner Partei für deutsche Rechtschreibung und Sprachpflege, BPR, zur Wahl an. Als Kontakt wird der Berliner Detlef Mahn benannt. Dieser konnte seine Wahlkampferfahrung bereits vor einigen Jahren als Kandidat und Aktivist der Berliner Republikaner sammeln. Selbst in der CDU-Berlin Nordost finden sich ein Wahlkandidat mit zweifelhafter Vergangenheit. Der Beisitzer im CDU-Ortsverband Schönhauser Allee, Markus Roscher, war früher stellvertretender Bundesvorsitzender und Berliner Landesvorsitzender des Bund Freier Bürger (BFB). Der Berliner BFB machte u.a. als Organisator von Demonstrationen gegen das geplante Holocaustmahnmal von sich reden. In den Verfassungsschutzberichten des Landes NRW wurde der BFB unter der Rubrik Rechtsextremismus geführt. So

verwundert es auch nicht, das Markus Roscher ausgerechnet mit dem Heinrich Lummer eine öffentliche Kneipentour durch Prenzlauer Berg durchführte. (Markus Ragusch, *Anitafaschistische Nachrichten*)

Wohnungsbau in Köln

Schlechte Aussichten für Mieter mit wenig Geld

Das Amt für Wohnungswesen hat einen neuen Bericht zur Wohnungssituation in Köln vorgelegt. Der Bericht bezieht sich im wesentlichen auf die letzten zehn Jahre. In Tabellen und Statistiken wird dargestellt, wie die Menschen in Köln wohnen. Es wird aufgezeigt, wieviel Platz der einzelne Mensch hat und wieviel Miete er dafür berappen muss. Der Bericht zeigt auch, was die Stadt

und private Investoren getan haben, um die katastrophale Wohnungsnot Anfang und Mitte der neunziger Jahre abzumildern.

Der Bericht besteht aber nicht nur aus einem Blick in die Vergangenheit. Der Bericht riskiert auch einen Blick in die Zukunft. Die Zukunftsperspektive für wohnungssuchende und geringverdienende Mieter in Köln ist düster. Die Aktivitäten der Stadt zur Förderung von Mietwohnungsbau sind seit ca. fünf Jahren sehr stark rückläufig. Die Dramatik der Situation zeigt sich an folgendem Beispiel: In 1994 wurden in Köln 5.500 Wohnungen fertiggestellt. Im Jahr 2000 waren es gerade noch 3000 Wohnungen. Das Mitte der neunziger Jahre verabschiedete Wohnungsbauprogramm 2000 beinhaltete die Forderung, innerhalb der nächsten zehn Jahre mindestens 10.000 Wohnungen pro Jahr fertigzustellen, um eine nachhaltige Entspannung des Wohnungsmarktes zu erreichen. Von diesem Ziel ist man weit entfernt, zumal im Jahr 2000 nur für 2000 Wohneinheiten Baugenehmigungen erteilt worden sind. Bereinigt man die Zahl der Genehmigungen, ist davon auszugehen, dass die Zahl der fertiggestellten Wohnungen in den nächsten Jahren auf weit unter 2000 pro Jahr fallen wird. Die Zahl der Haushalte in Köln ist in den letzten zehn Jahren um fast 20.000 gestiegen. Diese negative Trendwende auf dem Wohnungsmarkt hat natürlich zufolge, dass die Mieten wieder steigen. Im Jahr 2000 sind die Mieten bei Erstvermietungen seit fünf Jahren zum ersten mal wieder gestiegen. Der Bestand der Sozialwohnungen ist in den letzten zehn Jahren um 35 % zurückgegangen. Zur Zeit liegt der Anteil von Sozialwohnungen am Gesamtbestand an Mietwohnungen bei nur 13 %. Dieser niedrige Anteil von Sozialwohnungen treibt auch den Mietpreis von frei finanzierten Mietwohnungen in die Höhe.

Köln ist neben Hamburg, München, Stuttgart, Frankfurt und Düsseldorf die Stadt mit den teuersten Mietwohnungen. Der Trend ist eindeutig, es wird sich bald wieder lohnen, mit Wucherpreisen viel Geld zu verdienen. Die Aufgabe der Stadt die Bevölkerung mit erschwinglichem Wohnraum zu versorgen, gerät in den Hintergrund.

Köln wird erneut in eine katastrophale Wohnungsnot geraten, dieser Trend ist nicht mehr aufhaltbar. Eine Entspannung der Situation wird es nur langfristig geben können und nur dann, wenn die Ziele, die Mitte der neunziger Jahre formuliert worden sind, (10.000 Mietwohnungen jährlich fertigstellen) endlich umgesetzt werden. Bei der momentanen Wohnungspolitik von CDU und FDP ist daran nicht zu denken. Wenn die bürgerlichen Parteien mit dem Verkauf von GAG und Grubo durchkommen, wird dies einer Wohnungsnot Vorschub leisten, welche die Dimension der Wohnungsnot der neunziger Jahre weit überschreiten wird.

MW, LB Köln

Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft!

Zur Strategie und Programmatik der PDS bis 2003 – Beschluss des Dresdener Parteitags

I.

Der barbarische Terroranschlag in New York und Washington hat die Welt erschüttert und zu verändern begonnen. Wir teilen die weltweite Sorge der Menschen um die Richtung und die Mittel diese Veränderungen. Wir wollen unseren Teil leisten, um Besonnenheit und Friedenswillen zu stärken sowie die unabdingte Achtung des menschlichen Lebens, solidarischen Interessenausgleich und soziale Gerechtigkeit als maßgebliche Grundlagen der Umgestaltung der Weltordnung zur Geltung zu bringen, die jetzt auf die Tagesordnung gerückt ist.

Mit dem 11. September ist nicht die westliche Zivilisation, sondern alles getroffen und herausgefordert, was Menschlichkeit in Gestalt unterschiedlicher Zivilisationen bedeutet. Terrorismus bricht mit allem, was an Zivilisiertheit, an Respekt vor dem Leben und der Würde des Menschen erkämpft wurde; er ist durch nichts zu rechtfertigen. Unser uneingeschränktes Mitgefühl und unsere Solidarität gelten den Opfern und Hinterbliebenen. Die am Terrorakt Schuldigen müssen gefunden und bestraft werden. Das ist notwendig, und es muss mit Verantwortungsbewusstsein

und Augenmaß erfolgen.

Die Menschheit ist seit dem 11. September akut bedroht – durch den ungeheuerlichen Anschlag auf die USA, aber genauso durch mögliche militärische Rache- und Vergeltungsaktionen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten. Es droht eine Spirale der Gewalt. Auch autoritäre Veränderungen sind in westlichen Ländern nicht auszuschließen.

Das Geschehene deutet auf die neuen Gefahren und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mit allem Nachdruck hin. Doch mit neuem Nachdruck ist auch der Gedanke der Achtung vor dem Leben und der Solidarität zu Tage getreten – ein Kernanspruch aller Religionen und Kulturen. Dies kann und muss die Basis einer neuen internationalen Solidarität, einer positiven Solidarität der Völker werden. Nur auf diesem Boden kann es eine Solidarität der Staaten geben. Wir fordern die Bundesregierung in diesem Sinne zu einer kritischen Solidarität mit den Vereinigten Staaten von Amerika, zu einer aktiven Friedenspolitik und zu intensiven Anstrengungen für eine neue globale Ordnung von Frieden und Gerechtigkeit auf.

Friede ist das unumstößliche Gebot

der Stunde. Er muss gewährleistet und für alle Zukunft attraktive gemacht werden. Gerechtigkeit, Sicherheit, Solidarität, Freiheit und Demokratie dürfen daher nicht länger Privilegien für wenige sein, sondern müssen eine Chance für alle auf dem Globus werden. Wir sind in aller Entschiedenheit gegen den von Präsident Bush nach dem 11. September 2001 angedrohten „ersten Krieg des 21. Jahrhunderts“ und seine Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland.

II.

„Der Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel – eine Gesellschaft, in der die freie Entwicklung des Einzelnen ... zur Bedingungen der freien Entwicklung aller geworden ist. Sozialismus ist für uns eine Bewegung gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, gegen patriarchalische Unterdrückung, gegen die Ausplünderung der Natur, für die Bewahrung und Entwicklung menschlicher Kultur, für die Durchsetzung der Menschenrechte, für eine Gesellschaft, in der die Menschen ihre Angelegenheiten demokratisch und auf rationale Weise regeln. Sozialismus ist für uns ein Wertesystem, in dem die Freiheit, Gleichheit

Gemischte Signale vom PDS-Parteitag

Der Parteitag der PDS fand in einer umfassend angespannten Situation statt: nach den mörderischen Terroranschlägen in den USA, in einer Zeit, in der die USA gemeinsam mit den NATO-Verbündeten und anderen ihren militärischen Aufmarsch in Zentralasien und im Mittleren Osten nahezu abgeschlossen hatten, die ersten (offenen) Militärschläge drohten, jedoch noch nicht erfolgt waren.

Im Vorfeld des Parteitages hatte die PDS, auch und gerade ihre Bundestagsfraktion, dem Druck im Wesentlichen standgehalten und dem drohenden Feldzug und der Beteiligung der BRD die Zustimmung versagt. Allerdings hatte Gysi sich mehrfach öffentlich für die Anwendung militärischer Gewalt – unter bestimmten Bedingungen – ausgesprochen. Es war deshalb nicht von vornherein ausgemacht, ob der Parteitag an der bedingungslosen Ablehnung des Kriegskurses festhalten oder Türen zur Beteiligung öffnen würde. Das Ergebnis liegt im beschlossenen Leitantrag vor, den wir in voller Länge dokumentieren¹: Die PDS ist Antikriegspartei und will es bleiben.

Die beschlossenen Positionen werden

sich im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen um die Politik der BRD bewähren müssen. Diese Auseinandersetzungen werden schwer, und der Druck auf die PDS wird größer, als sich das viele Mitglieder jetzt vorstellen können. Dies deutete sich unmittelbar nach dem Parteitag bereits an: In der „Welt“ vom 9. Oktober stand zu lesen, dass Bundeskanzler Schröder alle Parteiführungen über die jüngsten Entwicklungen zügig informiert habe mit Ausnahme der PDS. Die Begründung aus der SPD-Führung ist eine Drohung: Da die PDS die Haltung der Bundesregierung nicht mittrage, sei sie zum „Sicherheitsrisiko“ geworden.

Die Signale des Parteitages sind allerdings nicht so eindeutig wie der beschlossene Leitantrag. Auch in seiner Rede auf dem Parteitag verließ Gysi mit seiner Befürwortung militärischer Kommandounternehmen den gerade beschlossenen Kurs der Partei², ohne offenen Widerspruch zu ernten. Die „Welt“ (8.9.) kommentierte: „Trotzdem (trotz des Neins für militärische Aktionen – scc) hat der Dresdner PDS-Parteitag seinem Berlin-Wahlkämpfer und informellen Vorsitzenden Gregor Gysi einen Quasi-Ermächtigungsbeschluss mit auf den Weg gegeben, weiterhin Militäreinsätze

gegen Terroristen vertreten zu dürfen.“ Andererseits fiel die Stellungnahme Gysis zu den Militärschlägen deutlich aus. Er erklärte noch am 7.10.: „Den Militärschlag der USA gegen Afghanistan lehne ich entschieden ab. Der Einsatz von Raketen sowie Bombardements sind Ausdruck einer militärischen Logik, sie bedeuten zwangsläufig den Tod Unschuldiger und bergen die Gefahr einer nicht kontrollierbaren Eskalation der Gewalt. Das ist eben nicht der von mir vorgeschlagene Weg der Justiz unter Einschluss einer Kommandoeinheit zur Ergreifung der Täter. Das ist Krieg. Und Krieg ist immer die falsche Antwort.“ Fest steht: Die reale Entwicklung hat die Vorstellungen Gysis überholt und gleichzeitig eine Schwäche nicht nur Gysis, sondern auch des Leitantrages und der PDS-Diskussion insgesamt offen gelegt: Die kritische Auseinandersetzung damit, wie die Kriegsmaschinerie nach dem 11. September in Gang gesetzt wurde, und mit den dahinter liegenden Interessen der USA, aber auch der BRD und der anderen europäischen Mächte, war und ist zu wenig entwickelt.

Ein weiteres Signal setzte der Parteitag mit dem Beschluss „Distanzierung von den Positionen des Hamburger Landesarbeitsausschusses“.³ Dass sich bei

und Solidarität, menschliche Emanzipation, soziale Gerechtigkeit, Erhalt der Natur und Frieden untrennbar verbunden sind.“

An diesem Grundsatz unseres Parteiprogramms halten wir fest. Er hat sich auf dem Weg der PDS seit 1993 bewährt und bietet uns auch heute die Orientierung dafür, sozialistische Antworten auf die neuen, bedrohlichen Herausforderungen zu finden. Die konkreten Inhalte von Ziel, Weg, Bewegung und Wertesystem begreifen wir in ihrem inneren Zusammenhang und ihrer historisch bedingten Veränderung, und wir werden sie in diesem Sinn weiter diskutieren und präzisieren.

Der Fixpunkt unseres politischen Handelns wie unserer programmatischen Arbeit ist eine elementare Frage, die sowohl lebensnah und alltäglich als auch übergreifend und zukunftsweisend ist: Welche Bedingungen brauchen Menschen, um ein selbstbestimmtes, würdiges Leben zu führen, welche Bedingungen brauchen Menschen, um über die gesellschaftliche Entwicklung in Freiheit und Gleichheit selbst bestimmen zu können?

Unsere Politik steht dafür, in Gesellschaft und Politik Bedingungen für Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit aller zu erhalten, herzustellen und zu erweitern. Deshalb wollen wir für alle Bürgerinnen und Bürger:

- ein Leben ohne Krieg und Gewalt;
- Ausbau der demokratischen Rechte in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft und gleiche Möglichkeiten bei ihrer Wahr-

nehmung;

- Erhalt der nachhaltigen natürlichen Umwelt für alle;
- existenzsichernde und zufrieden stellende Arbeitsplätze;
- gleiche Möglichkeiten für alle, sich Bildung, Wissen und Kultur anzueignen und an ihnen teilzunehmen;
- soziale Sicherheit auf verlässlichen, solidarischen Grundlagen.

Unsere Politik ist demokratisch und sozialistisch. Wir nehmen nicht hin, dass Menschen entweder soziale Gleichheit und Sicherheit, aber keine Freiheit haben sollen oder dass die deklarierte Freiheit für viele entwertet wird, weil ihnen der Anspruch auf soziale Gleichheit und Sicherheit nicht gewährleistet wird. Für demokratische Sozialisten gehören Freiheit und Gleichheit ebenso untrennbar zusammen wie Demokratie und Sozialstaat. Darum treten wir für eine umfassende Demokratisierung des Staates, der Gesellschaft und der Wirtschaft ein.

Die PDS orientiert sich am Leitbild selbstbestimmt und solidarisch handelnder Menschen auf dem Weg zu einer gerechten Gesellschaft.

Politik und Programmatik der PDS bilden eine Einheit. Unser politisches Handeln und unsere Beteiligung an den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen stehen nicht neben unserer programmatischen Arbeit oder ihr gar entgegen.

Seit 1990 wird die neoliberalen Wirtschaftspolitik verstärkt fortgesetzt. Entgegenstehende Hoffnungen haben sich bisher nicht erfüllt. Die Regierungen we-

niger Staaten und die Führungen von einigen Weltkonzernen und internationalen Großbanken haben weit gehende Kontrolle über die wichtigsten internationalen Institutionen erlangt. Innerstaatliche Demokratie wird in den kapitalistischen Hauptländern der Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet.

Diese Entwicklung ist nicht alternativlos. In diesem Sinn bleibt die Geschichte offen. Wir sind gegen Konstruktionen von Geschichte. Die Gesellschaft, in der wir handeln, verändert sich ständig. Ihre Entwicklung folgt keinem abstrakt-theoretischen Modell, sondern ist Resultat fortwährender Auseinandersetzungen und Entscheidungen über einzuenschlagende Wege. Wir gehen aus von der Analyse der heutigen Situation, der Interessenlagen, Kräfteverhältnisse und Chancen für Widerstand und positive Veränderung und verständigen uns darüber, wofür demokratische Sozialistinnen und Sozialisten heute kämpfen und mit wem sie gemeinsam handeln wollen.

Sozialer, demokratischer Fortschritt steht nicht gegen wirtschaftlichen Fortschritt, wohl aber gegen dessen Allmachtanspruch. Das entspricht dem Grundgesetz, und wir wollen in diesem Sinn handeln.

Es setzt dem Gebrauch und der Verfügungsgewalt über privates Eigentum Grenzen, indem es diese zugleich an das Wohl der Allgemeinheit bindet. Sofern über das Allgemeinwohl demokratisch entschieden wird, entsteht daraus die Verpflichtung, die private Verfügungsgewalt

den Delegierten wie bei zahlreichen Mitgliedern der PDS großer Ärger über die Liste Links, ihr provokatives Auftreten auf vielen Parteitagen, ihre maßlosen Angriffe auf Mitglieder der PDS mit anderen Positionen, ihren mit brachialer Gewalt durchgesetzten Führungsanspruch im Hamburger Landesverband usw. angestaut hat, ist verständlich und bildet den Hintergrund für die deutliche Mehrheit, die der Beschluss bekam. Völlig zu Recht auch war in mehreren Reden insbesondere die Erklärung mit der zynischen und hämischen Unterüberschrift „Sowas kommt von Sowas“ scharf kritisiert worden, und kein Delegierter außerhalb der Hamburger Delegation hat sich gefunden, diese Stellungnahme zu rechtfertigen. Insofern war die Haltung des Parteitages auch vor dem Beschluss klar.

Es ist das Recht des Parteitages, zu in und namens der PDS geäußerten Positionen deutlich Stellung zu beziehen. Doch der Beschluss geht darüber hinaus. Es ist klar, dass in der zu führenden Diskussion über die Ursachen des terroristischen Verbrechens vom 11.9. und womöglich weiterer Eskalation auch kontrovers argumentiert werden wird. Dabei wird unvermeidlich auch eindeutig Falsches, Unhaltbares und womöglich für den Widerstand gegen den Krieg Schäd-

liches zur Sprache kommen. Der notwendige Streit muss argumentativ geführt, natürlich auch, wenn nötig, entschieden werden, aber durch die Ausgrenzung und Sanktionierung von Positionen, wie der Beschluss sie vornimmt, droht die Diskussion und Auseinandersetzung für abweichende Meinungen zum Risiko zu werden. Darüber hinaus beunruhigt in höchstem Maße der indirekt auf den sog. Mescalero-Nachruf Bezug nehmende Vorwurf der „klammheimlichen Freude“. Der politisch schwache, strafrechtlich aber völlig irrelevante Mescalero-Nachruf wurde bekanntlich zum Anlass einer brutalen Repression gegen viele Menschen, die seinerzeit Widerspruch gegen die staatlichen Methoden der RAF-Verfolgung äußerten. Damals wurden abweichende Meinungen niedergewalzt, auch dadurch, dass Kritiker des Staatsterrors zur Distanzierung von Äußerungen anderer gezwungen oder aber selbst des „Sympathisantentums“ verdächtigt und z.B. aus dem öffentlichen Dienst entfernt wurden. Die Formulierung des Beschlusses wirft die Frage auf, welcher Widerstand von der PDS zu erwarten ist, geht die staatliche Verfolgung kritischer, aber von der PDS nicht geteilter Meinungen erst so richtig wieder los.

Das drängende „Problem Hamburg“ wird auf dem mit dem Beschluss beschrittenen Weg nicht gelöst. Die PDS Hamburg ist zerstört, weil die Liste Liste das diskursive Konzept der PDS zerstört hat und nicht, weil sie in verschiedenen Fragen mehr oder weniger problematische Positionen vertritt.

Die weitere Programmdiskussion

Der Parteitag hat beschlossen, „auf der Grundlage des von der Parteivorsitzenden vorgelegten Programmentwurfs unter Einbeziehung der unterschiedlichen Sichten, der Erfahrungen der innerparteilichen und gesellschaftlichen Debatte seit Vorlage des Textes einen neuen Entwurf für ein Parteiprogramm unmittelbar nach der Bundestagswahl vorzulegen“. Damit hat er sich mit deutlicher Mehrheit gegen zahlreiche Anträge entschieden, die drei vorliegenden Programmentwürfe gleichberechtigt in die weitere Diskussion einzubeziehen. Verworfen wurde damit auch der von Hans Modrow gemachte, unterstützenswerte Vorschlag, der in seiner Eröffnungsrede gesagt hatte: „Wenn Einigkeit darüber besteht, dass in allen vorliegenden Entwürfen die ablaufenden politischen, gesellschaftlichen, sozialen, Sicherheits- und militärischen Prozesse und Verände-

walt über Eigentum überall dort in Frage zu stellen und einzuschränken, wo der Allgemeinheit daraus nicht hinnehmbare Nachteile entstehen, wo sie den Grundlagen von Freiheit und Gleichheit aller entgegenstehen.

Unser Verständnis von demokratisch-sozialistischer Politik schließt ein: Wir schreiben den Menschen weder vor, was ihre Aufgabe ist, wenn sie sich gegen Unterdrückung, Ausbeutung, ungerechte Lebensverhältnisse oder Umweltzerstörung zur Wehr setzen, noch wollen wir ihnen vorschreiben, was ihre wahren und eigentlichen Interessen zu sein hätten. Aber wir wollen dazu beitragen, dass sie sich der Möglichkeiten des Protest bewusst werden und Widerstand leisten. Die Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts haben den Wert bürgerlich-demokratischer Institutionen, der Rechtsstaatlichkeit, insbesondere der Grundrechte und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen überaus deutlich gemacht. Die Politik der PDS muss auf die Verteidigung dieser Errungenschaften innerhalb und außerhalb der Parlamente, auf ihre Nutzung im Interesse der Menschen gerichtet sein. Nur so kann gewährleistet werden, dass politische Macht kein Selbstzweck, sondern Dienst am Menschen ist.

Wir betonen noch einmal, ein Sozialismusversuch, der nicht von der großen



Mehrheit des Volkes gewollt, erkämpft, entwickelt und getragen wird, der nicht Selbstbefreiung des Menschen ermöglicht, muss früher oder später scheitern.

Es gibt für uns kein Zurück zu einem Staatstyp, mit dem eine bessere Gesellschaft erreicht werden soll und zugleich Demokratie eingeschränkt und Menschenrechte verletzt werden. Ausübung politischer Macht darf nicht zur Bedrohung des Lebens, der Bürgerrechte für politische Partner, demokratische Konkurrenten, kritische Bürgerinnen und Bürger werden.

Veränderung entsteht aus der Gesellschaft heraus und gemeinsam mit anderen. Eine demokratisch-sozialistische Partei hat hier ihren Platz, wenn sie dazu verhilft, dass Menschen stärker in Politik eingreifen können, dass in politisch-parlamentarischen Entscheidungsproz-

essen bislang nicht vertretene Interessen mehr Gehör und Berücksichtigung finden, wenn Politik insgesamt demokratischer, sozialer und emanzipatorischer Bewegungen, Kräfte und Organisationen werden.

Die PDS steht für einen modernen, bürgernahen Politikstil: Offene und durchschaubare politische Entscheidungsprozesse, Transparenz und Rechenschaftspflicht der Gewählten vor ihren Wählerinnen und Wählern. Demokratie erfordert Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Wenn wir einen anderen Politikstil wollen, müssen Transparenz, Rechenschaftspflicht und demokratische Umgangsformen auch die Kultur innerhalb unserer pluralistischen sozialistischen Partei bestimmen.

III.

Als Partei des demokratischen Sozialismus stehen wir den Entwicklungen in unserem Land und der Welt nicht als Zuschauer gegenüber. Es geht um die Aussichten linker Politik in Deutschland.

Heute, nach drei Jahren Schröder-Regierung, müssen wir feststellen:

- Die einzige Antikriegs-Partei im Deutschen Bundestag ist die PDS.
- Die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die konsequent für soziale Gerechtigkeit eintritt, ist die PDS.

rungen nicht ausreichend erfasst sind, nicht erfasst sein können, dann könnte auch Einigkeit darin bestehen, dass nun nach neuen Grundlagen für die Überarbeitung des Programms zu streben ist. Aus der Vielfalt der geführten Diskussionen, der verschiedenen Sichten und Vorschläge ist ein neuer Entwurf zu erarbeiten.“

Immerhin stimmten nach eigener Schätzung rund 30% dem beschlossenen Verfahren nicht zu. Dass muss denen im Parteivorstand zu denken geben, die ihre Vorstellungen über den weiteren Verlauf der programmatischen Arbeit ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzen wollen. Umgekehrt ist der Versuch, auf einen ersten Entwurf mit einem Gegenentwurf zu antworten, statt die Momente und Ansatzpunkte herauszuarbeiten, die weiterzuentwickeln wären, und die Kritik an denen zu entwickeln, die nicht tragen, gescheitert.

Wenn der Parteivorstand nicht noch ein Angebot zur Zusammenarbeit mit den Minderheitsströmungen macht, droht die Programmdiskussion vollends unter das Zeichen der Konfrontation zu geraten. Unvorstellbar, dass in einer solchen Konfrontation die notwendigen Fortschritte erreicht werden können. scc

1 Der außerdem beschlossene Dresdener Ap-

pell „Frieden und Sicherheit in Freiheit und Gerechtigkeit“ ist unter www.pds-online.de im Internet abzurufen

2 „Und wenn es dann wirklich einen Staat geben sollte, der nicht ausliefert und solchen Terroristen wirklich beherbergt, ja, dann stehe ich dazu, dann bin ich bereit, zu sagen, ein Kommandounternehmen zur Ergreifung des Täters – so wie damals ein Kommandounternehmen zur Ergreifung von Adolf Eichmann – ginge in Ordnung. Im Kern ist es ein polizeiliche Aktion zur Ergreifung des Täters. Durchgeführt werden müsste sie zwar von Militär, aber vom Charakter her wäre es eine polizeiliche Aktion, damit der Täter ergrieffen wird. Unter einer Bedingungen: Es werden dabei keine Unbeteiligten und keine Unschuldigen irgendwie gefährdet oder in Mitleidenschaft gezogen. Das mag kompliziert und schwierig sein, aber ich sage euch: Es ist möglich.“

3 „Distanzierung von den Positionen des Hamburger Landesarbeitsausschusses
Der Hamburger Landesarbeitsausschuss hat sich nach den Anschlägen auf New York und Washington am 11. September mit Materialien an die Öffentlichkeit gewandt, die den Anschein erwecken, als würde die PDS die Terroranschläge rechtfertigen. Plakate „Erst die Saat – dann die Ernte“, die Erklärung „Sowas kommt von Sowas“ und das Flugblatt mit einer Darstellung Gregor Gysis als Feldherr Napoleon erwecken den Eindruck, als hätte die PDS nicht nur Verständnis für die Terroranschläge sondern

würde die Position vertreten, die USA seien selbst Schuld an ihnen und hätten nun irgendeine Form von gerechter Strafe erhalten. Darüber hinaus wurde Gregor Gysi als Kriegstreiber dargestellt und in die Nähe derjenigen gerückt, die diese Anschläge jetzt zum Anlass nehmen, mit der Planung von Feldzügen weiter an der Spirale der Gewalt zu drehen.

Aus allen Materialien spricht eine klammheimliche Freude über den Anschlag auf das World Trade Center und das Pentagon. Diese Positionen sind mit unseren humanistischen und friedenspolitischen Grundpositionen unvereinbar und stehen im krassen Gegensatz zu den durchaus vielfältigen und unterschiedlichen Beschlüssen und öffentlichen Erklärungen anlässlich der Anschläge

Der Bundesparteitag distanziert sich von den Positionen des Hamburger Landesarbeitsausschusses und stellt fest, dass derartige Positionen in der PDS keinen Platz haben.

Wir unterstützen die Hamburger Genossinnen und Genossen sowie SympathisantInnen der PDS, die die Positionen des jetzigen Landesarbeitsausschusses nicht teilen.

Die Anschläge vom 11. September und die daraus erwachsene Kriegsgefahr – aber auch der Einzug der Schill-Partei in die Hamburger Bürgerschaft – sind Anlass genug, die PDS als linke Alternative auch in Hamburg wählbar zu machen.“

- Die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die Ostdeutschland nicht als zurückgebliebenes Stiefkind des Westdeutschlands betrachtet, sondern als Zukunftschance, ist die PDS.

Wir werden unsere Anstrengungen verstärken, mit unseren Alternativen zur Politik der Bundesregierung offensiv in die Gesellschaft hinein für eine andere Politik zu werben.

Wir stehen in Opposition zur herrschenden Politik, insbesondere zur Außen- und Sicherheitspolitik, zur „neuen Mitte“ und deren marktliberaler Politik, zur Fortführung und Ausweitung des wirtschaftsliberalen Kurses der Kohl-Regierung durch ihre rot-grünen Nachfolger.

Opposition sein, heißt für uns: Verändern wollen. Deswegen wollen wir auch weiterhin dazu beitragen, „dass in der Legislaturperiode 2002–2006 eine Veränderung des gesellschaftlichen Klimas ... erreicht wird“, dass im politischen System Deutschlands nicht weiter Kompromisse immer nur von der Mitte nach rechts, sondern künftig auch nach links geschlossen werden. Es geht darum, den gesellschaftlichen Druck auf die Bundesregierung zu vergrößern, dass mittelfristig in Deutschland ein Mitte-Links-Bündnis unter Einschluss der PDS möglich und eine Wende zu einer demokratischen, sozialen und ökologischen Reformpolitik realisierbar werden.

Die PDS will helfen, Druck von unten aufzumachen, damit dem Regierungswechsel von 1998 endlich der von vielen Menschen erhoffte Politikwechsel folgt. Mit diesem Anspruch wird sie ihre außerparlamentarische

Arbeit aktivieren. Das heißt konkret:

1. Die PDS wird an den Friedensdemonstrationen am 13. Oktober 2001 teilnehmen. Wir werden weiterhin und verstärkt Initiatorin und Unterstützerin von Aktionen und Initiativen für Frieden und Abrüstung sein.

2. Die PDS wendet sich mit Konsequenz der Problematik „Anti-Globalisierungs-Bewegung“ zu.

3. „Gegen Sozial- und Demokratieabbau!“, „Endlich Umsteuern!“, „Endlich den Politikwechsel nachholen!“ sind Schwerpunkte von Aktionen und Initiativen im Bundestagswahlkampf.

Alternativen sind machbar – wenn wir dafür sorgen. Deshalb kämpfen wir um deutlich mehr politischen Einfluss und wollen die drittstärkste politische Partei in Deutschland werden. Schröder-Politik

ist nicht alternativlos. Es geht auch anders!

Globale Sicherheit für alle Völker – Für einen sozialen, gerechten, solidarischen Frieden!

Die eine, verletzliche Welt braucht eine neue Sicherheitsarchitektur. Was die Völker eint, muss darin geistig und strukturell zum Ausdruck kommen, nicht allein und letztlich von den Staaten und Wirtschaftsmächten des Westens formuliert werden.

Wir verfolgen das Ziel einer in diesem Sinne demokratisierten und reformierten UNO mit entsprechenden Regional-

Interventionsbündnis muss rückgängig gemacht werden. Gerade weil eine kritische Solidarität mit den USA politisch das Gebot der Stunde ist, darf die NATO nicht durch pauschale Deklarierung des Bündnisfalls nach Artikel 5 des NATO-Vertrages zu einer Institution blinder militärischer Gefolgschaft werden. Krieg ist das Ende aller Politik.

Frieden setzt auch Kampf gegen den Terrorismus voraus. Bush hat in seiner Rede die Länder der Welt in diejenigen eingeteilt, die sich entweder auf die Seite der USA stellen, oder von ihnen als feindlich eingestuft werden, weil sie auf



organisationen wie z.B. der OSZE. In diesen Rahmen gehören auch kollektive, nicht-militärische Sicherheitsstrukturen – die so bald wie möglich die NATO ersetzen müssen.

Obwohl es heute keine gesellschaftliche Mehrheit für das Konzept der Neuen NATO mit ihren weltweiten Militärinterventionen gibt, hat die Bundesregierung diesen Kurs eingeschlagen. Wir sind und bleiben dagegen an der Seite all jener, die gegen den Krieg sind, so wie wir es schon während des NATO-Angriffs-krieges auf Jugoslawien waren.

Die NATO, die heute wieder an der Aufrüstungsspirale dreht und sich anmaßt, die Rolle einer globalen Ordnungsmacht zu spielen, ist nach unserer Überzeugung ungeeignet für eine Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts.

der Seite der Terroristen stehen. Nur die UNO und nicht einzelne Staaten sind in der Lage, Terrorismus eindeutig zu definieren sowie internationale Maßnahmen zu beschließen, ihn weltweit zu ächten. Eine Weltkonferenz der UNO sollte eine umfassende Anti-Terror-Konvention beschließen. Wir wollen einen friedenspolitischen und demokratischen Weg im Kampf gegen den Terrorismus. Deshalb treten wir für eine Lösung im Rahmen der UN ein und unterstützen die Forderung vieler Länder nach Einberufung einer UN-Konferenz gegen den Terrorismus.

Während die anderen Bundestagsparteien den Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee befürworten, bekämpft die PDS den faktischen Bruch des grundgesetzlichen Auftrages der Bundeswehr, lediglich die territorialen

Grenzen zu schützen. Wir befürworten eine unilaterale Abrüstungspolitik und einseitige Schritte Deutschlands in diese Richtung.

Dazu gehört auch unsere strikte Ablehnung der Militarisierung der EU-Außenpolitik, die sich derzeit in der Schaffung einer schlagkräftigen EU-Interventionsarmee manifestiert. Auch die Aufrüstung im Weltraum bekämpfen wir und bestehen auf dessen friedlicher Nutzung.

Die PDS war und bleibt die Friedens- und Abrüstungspartei im Deutschen Bundestag. Wir sind entschieden für die Achtung von Krieg und militärischer Gewalt in der internationalen Politik. Wir wollen die Streitkräfte abbauen und letztlich abschaffen. Statt Aufrüstung gilt es, die Entwicklungshilfepolitik zu fördern und so die Konfliktursachen mit zivilen Mitteln zu bekämpfen bzw. aufzuheben. Frieden und Entwicklungspolitik gehören daher untrennbar zusammen.

Die PDS sieht in dem angeblichen Atomkonsens eine Bestandsgarantie für laufende Kernkraftwerke und hohe Extragewinne der Energiekonzerne. Wir votieren für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomkraft.

Ein dringendes Reformanliegen ist der Wechsel von der fossil-atomaren Energiewirtschaft zu einer dezentralen solaren Versorgung. Die Nutzung nicht erneuerbarer Rohstoffe sollte gegenüber den vernachlässigten solaren bzw. pflanzlichen Alternativen zurückgedrängt werden.

Sozial-ökologische Lebensqualitäten müssen im Mittelpunkt politischer Anstrengungen liegen. Die Rahmenbedingungen in der Gesellschaft müssen Schritt um Schritt so umgestaltet werden, dass immer mehr Optionen für jeden Einzelnen geöffnet werden, sich mit der Natur im Einklang zu bewegen. Alternativ-ökologische Lebensweisen, wie sie in verschiedenen Projekten Deutschland bereits versucht und praktiziert werden, wollen wir fördern und durch Starthilfen ihre Existenz- und Gründungsbedingungen verbessern. Der öffentliche Beschäftigungssektor kann in diesem Bereich erhebliche Unterstützung geben.

Der ökologische Wandel von Produktions- und Lebensweise ist zwingend erforderlich. Die nachhaltige Bewahrung oder Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt heutiger und zukünftiger Generationen, der Menschen im Süden und Norden unseres Planeten gehören zu den zentralen Fragen sozialistischer Grammatik und Politik. Einheit von sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit, Überwindung der Profitdominanz, Herstellung von Gerechtigkeit, Wandel der Lebensweisen, ökologische Verbindung von Globalisierung und Regionalisierung, das gemeinsame Wirken aller Akteure sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit bilden die Eckpunkte dieser Politik.

Frieden setzt globale Gerechtigkeit und globale Demokratie voraus!

Wir treten für eine weltweite strategische Allianz für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie ein. Die Weltwirtschaftspolitik der G8, die die Polarisierung von Armut und Reichtum zwischen den Ländern und innerhalb aller Länder vorantreibt und von Ignoranz gegenüber den Opfern dieser Entwicklung gekennzeichnet ist, und eine Politik, die die Betroffenen von den Entscheidungen darüber ausschließt und Bewegung dagegen unterdrückt und kriminalisiert, wie in Genua, ist undemokatisch, sozial ungerecht und schafft den Nährboden, auf dem sich Terror und Unterstützung von Terror entwickeln können.

Daher fordern wir unverzüglich erste Schritte in Richtung einer gerechten und demokratischen Weltordnung und Weltwirtschaft:

- Wir treten für Schritte zur demokratischen Regulation der Finanzmarktakteure ein, die gegenüber Krisen stabilisieren und eine Umverteilung des Reichtums zwischen den Ländern und innerhalb allen Ländern ermöglichen und der Finanzierung von Terror und Kriminalität sowie Steuerhinterziehung entgegen wirken. Als einen ersten Schritt fordern wir die EU auf, die Tobin-Steuer einzuführen.
- Statt den Freihandel mit einer neuen Welthandelsrunde weiter zu forcieren, müssen die Auswirkungen der bisherigen Liberalisierung des Welthandels auf soziale Standards, Umweltentwicklung und Demokratie in den Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländern im „globalen Forum für soziale Entwicklung“ evaluiert werden.
- Wir fordern ernsthafte Schritte zur Demokratisierung mit dem Ziel einer gleichberechtigten Partizipation der Entwicklungs- und Schwellenländer, der Einbindung der Parlamente und der Zivilgesellschaft in die Vorbereitungen und Entscheidungen internationaler Regierungskonferenzen und Organisationen.
- Wir fordern EU- und Bundesregierung zur Einleitung einer umfassenden Entschuldung der Entwicklungsländer auf sowie zur Implementierung eines internationalen Insolvenzrechts. Die Bundesregierung wird beauftragt, ein Konzept vorzulegen, wie in den kommenden zehn Jahren der international vereinbarte Anteil von 0,7 % am Bruttosozialprodukt für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit erreicht werden kann.

Soziale Sicherheit auf solidarischer Grundlage!

Soziale Sicherheit ist auch in Zeiten der Globalisierung, dramatischer Strukturbrüche und technischer Umwälzungen die Voraussetzung dafür, dass Fortschritt von den Menschen getragen und gestaltet werden kann, dass er sich nicht gegen sie richtet – nicht nur in Deutschland,

sondern nach unserer Überzeugung überall auf der Welt. Soziale Sicherheit bedeutet Recht auf existenzsichernde Arbeit, soziale gleiche Teilhabe an Bildung und Ausbildung, gleiches Recht für alle auf präventive, heilende und nachsorgende medizinische Betreuung, das Menschenrecht auf bezahlbares, menschenwürdiges Wohnen, auf Mobilität und solidarische Sicherung gegen Lebensrisiken. Präventive und unterstützende Sozialpolitik soll an Gewicht gegenüber nachsorgender Sozialpolitik gewinnen. Nicht der Abbau des Sozialstaates steht auf der Tagesordnung, sondern seine Modernisierung auf solidarischer Grundlage.

Die PDS hält daran fest: Den besten Schutz vor Einkommensarmut im Alter, vor gesundheitlichen Risiken und ange-sichts der Brüche im Arbeitsleben schafft nicht private Vorsorge, sondern gewährleisten politisch geschaffene große Risikogemeinschaften wie die gesetzlichen Sozialversicherungen.

Solidarischer Risikoausgleich hat mehr Spielräume, wenn alle Einkommensarten zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme herangezogen werden. Aus der Solidargemeinschaft darf niemand herausfallen – und es darf sich auch niemand daraus verabschieden. Weil die Lohneinkommen nicht mehr mit der Produktivitätsentwicklung Schritt halten, müssen sich die Arbeitgeberbeiträge zukünftig an der realen Wertschöpfung der Unternehmen und nicht mehr an ihrer Lohnsumme orientieren. Gleichzeitig sollte der Anspruch auf ein Sozial-einkommen schrittweise vom tatsächlichen Bedarf und nicht von erworbenen Anwartschaften abhängig gemacht werden. Ein erster Schritt wäre die Einführung einer sozialen Grundsicherung.

Wir wollen ein neues Normalarbeitsverhältnis sowie einen Umbau des Beschäftigungssystems durchsetzen und existenzsichernde Arbeit für alle ermöglichen.

Dazu gehören der drastische Abbau von Überstunden, die Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel einer 30-Stunden-Woche und der Aufbau eines gemeinnützigen, öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Unausweichlich sind auch eine nachhaltige und beschäftigungsfördernde Regional- und Strukturpolitik sowie die Stärkung der Binnennachfrage. Der Umbau des Beschäftigungssystems muss aber auch geschlechtsspezifische Benachteiligungen aufheben und mehr Zeit für Eigenarbeit und ehrenamtliche Tätigkeit lassen.

Wir bleiben dabei: Soziale Lebensgemeinschaften, die Kinder erziehen, müssen nicht marktfähig gemacht, sie müssen vor den Zumutungen des Marktes besser geschützt werden. Deshalb treten wir dafür ein, dass die Familien und die Einzelnen von Kinderbetreuungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungskosten entlastet werden, anstatt ihnen immer mehr finanzielle Lasten aufzubürden, sei-

es durch hohe Kita-Elternbeiträge, zunehmende Kosten des Schulbesuches oder zu Studien- und Ausbildungskosten oder in Form von Bildungskosten, – gutschein oder Kita-Cards. Das Bildungswesen – von der Kita bis zur Hochschule – ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und von ihr entsprechend zu finanzieren. Jeder sollte die gleichen Möglichkeiten erhalten, sich Wissen, Bildung und Kultur anzueignen und seine Fähigkeiten zu entwickeln. Deshalb sind Ganztagskitas und -schulen auszubauen; deshalb müssen Kitas, allgemeinbildende Schulen, Berufsschulen und Hochschulen kostenlos sein und von Bund, Ländern und Gemeinden finanziert werden. In der Berufs- und Weiterbildung sind die Betriebe durch Umlagen oder Fonds finanziell zu beteiligen, wenn sie nicht selber ausbilden.

SPD und auch Grüne betreiben derzeitig den Umbau des gesamten Bildungswesens in Richtung Dominanz betriebswirtschaftlicher und ökonomischer Prinzipien.

Bildung ist ein Bürgerrecht, weshalb Bildungsfragen nicht auf Kinderbetreuung und kurzfristige Verwertung auf dem Arbeitsmarkt reduziert werden dürfen. Zugleich ist die zunehmende Ungleichheit im Bildungswesen – einerseits Eliteförderung für wenige, andererseits Minimalgrundversorgung für den Rest – im Sozialstaat nicht hinnehmbar. Die PDS wird aus all diesen Gründen eine bundesweite bildungspolitische Offensive starten.

Schröders SPD hat sich in der Bildungspolitik vom Grundsatz der Chancengleichheit verabschiedet und beschränkt sich auf die formale Zugangsgerechtigkeit. Das Bildungssystem muss nicht nur Zugänge eröffnen, sondern die sozial und kulturell benachteiligten gezielt fördern. Chancengleichheit besteht erst dann, wenn die Aneignung von Wissen und Kultur, wie auch der Abschluss von Bildungsgängen nicht mehr durch die soziale oder kulturelle Herkunft bestimmt wird.

In den Städten und Gemeinden setzt die Regierung Schröder die 16 Jahre lang von CDU, CSU und FDP betriebene Politik fort. Die Gewerbesteuer wurde wie die Vermögenssteuer weiter ausgehöhlt, um Konzerne und Banken zu entlasten. Die immer schlechtere Finanzausstattung treibt die Kommunen zum Abbau sozialer Leistungen und zur Privatisierung. Die Kommunen müssen finanziell und rechtlich gestärkt werden.

Auch die öffentliche Sicherheit hat eine soziale Dimension. Erstens sind die sozialen Verwerfungen unserer Gesellschaft eine entscheidenden Ursache für Kriminalität, und zweitens erhöht soziale Benachteiligung die Gefahr, dass Betroffene selbst Opfer eines Verbrechens werden. Es gibt keine öffentliche Sicherheit ohne sozialen Ausgleich.

Die nach dem 11. September aufkommenden Ängste der Bürgerinnen und

Bürger, Opfer von Terror zu werden, sind nicht unbegründet. Es gibt keinen absoluten Schutz, selbst in einer geschlossenen Gesellschaft nicht. Es ist richtig, z.B. die Flugsicherheit zu stärken und Personen und Objekte besonders zu schützen, auf die weitere Anschläge gerichtet sein könnten.

Auch in der innenpolitischen Auseinandersetzung sind Deeskalation und Besonnenheit geboten. Ein wesentlicher Bestandteil der innenpolitischen Terrorismusbekämpfung neben repressiven, polizeilichen Elementen ist die Prävention. Eine weitere Einschränkung von Bürgerrechten ist nicht zuzulassen.

Wer öffentliche Sicherheit will, muss für inneren Frieden, für gesellschaftlichen Ausgleich sorgen, nicht für einen Abbau von Freiheit und Selbstbestimmung. Weder Regelanfragen beim Verfassungsschutz bei Einwanderung oder Einbürgerung noch der Einsatz der Bundeswehr im Inneren hätten die Anschläge verhindern können. Eine Demokratie, eine offene Gesellschaft darf die Menschen nicht unter Generalverdacht stellen, weder einzelne Personengruppen, noch die gesamte Bevölkerung. Allerdings müssen in dem Moment, wo fundamentalistische Organisationen zu Mord und Terror auffordern, diese genauso verboten werden können wie Neonazi-Organisationen.

Die gleichberechtigte Anerkennung verschiedener Kulturen muss tragender Bestandteil gesellschaftlicher Integrationspolitik sein, damit sich Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Weltanschauung und ethnischer Herkunft als Teil dieser Gesellschaft wie der Weltgesellschaft begreifen und nicht deren Fundamente bekämpfen.

Damit wenden wir uns auch gegen die Diskreditierung und Kriminalisierung von Globalisierungskritikerinnen und -kritikern wie auf dem jüngsten Weltwirtschaftsgipfel in Genua und die Beschneidung ihrer Bürgerrechte.

Wir wenden uns gegen die Aufrüstung von Sicherheitsapparaten zu Lasten von Grund- und Freiheitsrechten.

Von Deutschlands Rand zu Europas Mitte: Zukunftsfaktor Ost – Solidarität sichern, Selbstbestimmung stärken, Chancen ergreifen!

Wir wollen Ostdeutschland als eine Region der Chancen gestalten, nicht als Hauptlast der Nation verwalten. Unser Ziel ist es, einen Solidarpakt III überflüssig zu machen. Ab 2019 – dem jetzt für den Solidarpakt II vereinbarten Zeitraum – sollen die ostdeutschen Länder von Sonderalimentierungen unabhängig und innerhalb eines modernisierten kooperativen und solidarischen Föderalismus in Deutschland lebensfähig sein.

Dafür braucht es nicht politischen Druck anderer Bundesländer oder die Mobilisierung von Länderegoismen. Was Not tut, ist ein Blick nach vorn auf die Realitäten:

Für uns ist Ostdeutschland nicht die

ehemalige DDR – sondern eine traditionsreiche Region in Mitteleuropa. Die EU-Osterweiterung eröffnet die Chance, dass Ostdeutschland aus der bundesrepublikanischen Randlage heraus kommt und selbstbewusst diesen Platz in Mitteleuropa einnimmt.

Ostdeutschland lebt nicht mehr nur innerhalb der ehemaligen Grenzen der DDR, sondern in Nachbarschaft zu Leistungszentren in Westdeutschland, in der Ostseeregion oder in Polen und Tschechien. Und es hat mittlerweile wieder eigene Leistungszentren. Der Osten soll nicht vom Transferegebiet zum bloßen Transitgebiet werden. Nicht Korridor zwischen West und Ost, sondern Vermittler zwischen West und Ost. Was in den 90er Jahren erreicht wurde, muss stabilisiert und ausgebaut werden. Was nicht zum Zuge kam, muss jetzt zum Zuge kommen. Und neue Potenziale sind zu erschließen.

Ostdeutschland kann und soll eine leistungsfähige Drehscheibe im zusammenwachsenden Europa werden – im Interesse der Ostdeutschen, der Westdeutschen und der europäischen Partnervölker. Eine neue Abschottung der „Kernländer“ des Westens, neue Mauern, kulturelle Abgrenzung und ökonomische Ausgrenzung schaden in Deutschland zu aller erst den ostdeutschen Bundesländern und nehmen ihnen Chancen.

Die PDS sieht die Angleichung der Einkommen der unselbstständig Beschäftigten in den neuen Bundesländern an das durchschnittliche Niveau im früheren Bundesgebiet als eine entscheidende Voraussetzung für die Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Stagnation, für den Abbau der Arbeitslosigkeit und die Angleichung der Lebensverhältnisse Ost an West an. Die PDS unterstützt die Gewerkschaften in ihrem Kampf um gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Sie setzt alle ihr gegebenen Möglichkeiten ein, um geeignete Fördermaßnahmen für solche ostdeutsche Unternehmen durchzusetzen, die noch Schwierigkeiten haben, Tariflöhne zu zahlen. Die PDS wird in den kommenden Wahlkämpfen, vor allem für den Bundestag 2002, die Forderung nach der Angleichung der Einkommen Ost an West zu einem Schwerpunktthema in den neuen Bundesländern machen.

Dabei haben wir keine Illusionen: Es besteht für die Politik enormer Druck. Der Aufholprozess Ostdeutschlands ist bereits 1996 gebrochen. Seit 1998, dem Jahr des rot-grünen Regierungsantritts,

- ist die Arbeitslosenquote Ost vom 1,8-fachen auf das 2,3-fache der Arbeitslosenquote West gewachsen,
- ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer erstmals unter die fünf Millionen gesunken,
- hat die Zahl der Langzeitarbeitslosen um fast zehn Prozent zugenommen und
- ist die Jugendarbeitslosigkeit im Osten um 15 Prozent gestiegen.

Wir wollen ein breites, offenes Bünd-

nis der Verantwortung in und für Ostdeutschland.

Gegen Rechtsextremismus und Repression, für Bürgerrechte!

Für eine lebenswerte Gesellschaft und ein friedliches Europa stellen Rechtsextremismus und Rassismus ein entscheidendes Hindernis dar. Sie bedrohen die elementare alltägliche Lebenssicherheit und Unversehrtheit von Menschen anderer nationaler Herkunft, mit anderer sexueller Orientierung oder ohne Arbeit und Wohnsitz. Sie agitieren und schlagen für die Ausgrenzung Fremder und ihnen fremd erscheinender Lebensweisen. Sie stellen die Grundlage jeglichen demokratischen Zusammenlebens in Frage, in dem sie sich außerhalb der Grundsätze von Freiheit und Gleichheit aller Menschen stellen. Sie setzen auf Abschottung und unduldsame Einfalt, wo es auf Offenheit und tolerante Vielfalt ankommt. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus bleibt für die PDS eine dauerhafte Aufgabe. Wir führen ihn zusammen mit anderen Organisationen, Initiativen und Bündnissen. Wir werden in unserem politischen Engagement gegen ein diskriminierendes Ausländerrecht, für Schutz und Aufnahme aller Menschen in Not, gleiche Rechte für Menschen ohne deutschen Pass und für eine menschenrechtlich orientierte Einwanderungspolitik nicht nachlassen.

IV.

Die PDS ist und bleibt eine Partei in Bewegung. Veränderungen der Gesellschaft und Selbstveränderung in unserer Partei gehören zusammen. Dabei bleiben wir die Partei des demokratischen Sozialismus. Es geht nicht um einen Bruch, sondern um den fortgesetzten Aufbruch.

Wir brauchen ein Parteiprogramm, in dem sich der weltweit vollzogene Wandel in der gesellschaftspolitischen Situation und die Veränderungen innerhalb unserer Partei seit 1993 widerspiegeln, das unsere politischen Erfahrungen, Lernprozesse und gewonnenen Kompetenzen aufnimmt, das sich den neuen Fragen und Herausforderungen stellt und das ein Bild zeichnet, wohin wir generell wollen und was wir in den kommenden zehn, fünfzehn Jahren zur Veränderung der Gesellschaft zu tun gedenken.

Wir brauchen ein Parteiprogramm, welches Wollen und Handeln in einer pluralistischen Partei eint, welches werbend für neue Mitglieder wirkt und unsere politische Position in der Konkurrenz mit anderen demokratischen Parteien stärkt.

Wir brauchen ein Parteiprogramm, welches sich mit demokratisch-sozialistischen Antworten und Positionen den Fragen und Problemen der Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande stellt und dass die Menschen für sozialistische Lösungen zu gewinnen und mobilisieren versucht.

Die politische Lage in der Welt, aber auch in unserem Land hat sich nach dem

Terroranschlag am 11. September 2001 wesentlich verändert. Fragen der Sicherung des Friedens, der Verteidigung zivilisatorischer Errungenschaften und der Durchsetzung von Menschenrechten werden weltweit in neuer Dimension gestellt und haben einen Prozess der Suche nach Antworten und Lösungsansätzen ausgelöst. Sich dieser Veränderungsprozesse bewusst zu werden und einen eigenständigen Beitrag zu ihrer Gestaltung zu leisten, sehen wir als eine außerordentliche Herausforderung an sozialistische Politik und Programmatik an, der wir uns stellen wollen.

Keiner der vorliegenden Programmentwürfe konnte eine solche Entwicklung vorhersehen bzw. berücksichtigen. Parteivorstand und Programmkommission werden darum beauftragt, auf der Grundlage des von der Parteivorsitzenden vorgelegten Programmentwurfs unter Einbeziehung der unterschiedlichen Sichten, der Erfahrungen der innerparteilichen und gesellschaftlichen Debatte seit Vorlage des Textes einen neuen Entwurf für ein Parteiprogramm unmittelbar nach der Bundestagswahl vorzulegen. Das überarbeitete Parteiprogramm soll im Jahr 2003 beschlossen werden.

Darauf zielt unsere weitere Programmdiskussion. Der entscheidungsreife Programmentwurf soll das Ergebnis einer intensiven Diskussion sein, der auf wichtige, gesellschaftliche Debatten – insbesondere zur Friedenssicherung, der Informationsgesellschaft, Gentechnik, Nachhaltigkeit, Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf zukünftige gesellschaftliche Bedürfnisse und Herausforderungen und weiteren Themen – eingeht. Er soll unseren Veränderungswillen auf allen wichtigen Politikfeldern widerspiegeln, hohen sprachlichen Ansprüchen genügen und durch Kürze an Prägnanz gewinnen. Das Programm einer pluralistischen Partei kann weder eine Mixtur gegensätzlicher Positionen noch Unterwerfung unter einen einzigen theoretischen Ansatz sein. Wir wollen die internationale Debatte sozialistischer Parteien und Organisationen nutzen und bereichern, zugleich die Entwicklung einer erneuerten sozialistischen Bewegung in Europa unterstützen und den Dialog mit anderen humanistischen und demokratischen Kräften herstellen bzw. weiterführen.

Alle Gremien und Gliederungen der Partei sind aufgerufen, in den Mittelpunkt der kommenden Diskussionen folgende Probleme zu stellen:

- Wege friedlicher, nichtmilitärischer Entwicklung und Konfliktlösung in der Welt;
- Verteidigung zivilisatorischer Errungenschaften und mehr Gerechtigkeit weltweit;
- Erhalt und Ausbau demokratischer Rechte, Demokratisierung von Staat und Gesellschaft.

Die Diskussion besonders auf diesen drei Feldern soll so geführt werden, dass

sie ihre Wirkung auch im Bundestagswahlprogramm der PDS zeitigt und in den Wahlkämpfen besteht.

Zügig nach der Übernahme des Vorsitzes der Programmkommission hat Gabi Zimmer, in Übereinstimmung mit Programmkommission und Parteivorstand, auf der Basis vorher besprochener Grundlinien der Partei und der Öffentlichkeit einen Programmentwurf als Arbeitsgrundlage vorgelegt. Die Vorlage des Entwurfes hat die Diskussion kritischer und ergebnisorientierter, die Konflikte innerhalb der Linken kenntlicher gemacht. Kein Satz ist jedoch tabu, kein Inhalt soll schnell fixiert werden.

Auf dieser Arbeitsgrundlage können sich auf dem Weg zu einem neuen Programmentwurf nun die Änderungen, Ergänzungen, Einwände und Weiterentwicklungen beziehen.

Noch deutlicher sollen herausgearbeitet und benannt werden:

- die Analyse der veränderten internationalen Lage und die sich daraus ergebenden Konsequenzen;
- die gesellschaftlichen und politischen Ursachen für Ungerechtigkeit und Not in der Welt von heute, der enge Zusammenhang von Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität; die Unteilbarkeit der Welt;
- die Inhalte zivilisatorischer Errungenschaften, für deren Verteidigung auch die Linke eintreten muss;
- Gerechtigkeit, individuelle Freiheit und Sicherung der Menschenrechte als eine wesentliche Grundlage sozialistischer Politik; demokratische Rechte sind nicht auseinander dividierbar, sie umfassen individuelle Freiheitsrechte, Bürgerrechte und soziale Menschenrechte;
- die Hauptfelder politischen Handelns der PDS mit ihren entsprechenden alternativen Politikangeboten; die PDS gibt als gestaltende Reformkraft Anstöße für konkret einzuleitende Reformen;
- die Stärkung der Kommunen, weil gesellschaftliche Veränderungen in Richtung Sozialismus von unten kommen müssen.

Angesichts der politischen Entwicklungen setzen wir uns in Zeiten kriegerischer und terroristischer Bedrohungen dafür ein, die individuellen Freiheitsrechte zu bewahren, die Gewaltenteilung zu verteidigen, das Kriegsverbot in eine wirkliche Friedenspolitik umzusetzen, die Sozialbindung des Eigentums mit der Perspektive einer realen Wirtschaftsdemokratie immer wieder einzufordern, die demokratische Öffentlichkeit und Meinungsvielfalt gegen herrschende Manipulation zu erhalten. Wir haben kein taktisches, sondern ein prinzipiell bejahendes Verhältnis zum Grundgesetz. Wir werden uns gegen alle Versuche, es auszuhöhlen und zu untergraben, zur Wehr setzen.

•

STOPPT GEWALT DER SPIRALE



Aufstehen! Für Frieden.

Solidarität, Gerechtigkeit, Kein Krieg!

Demonstrationen am 13. Oktober:

In Berlin, 13 h Auftakt am Brandenburger Tor und vor dem Roten Rathaus (Neptunbrunnen), 14.30 h Kundgebung am Gendarmenmarkt

in Stuttgart, 10 h Mahnwache am EUCOM, 12.30 h Auftakt am Hauptbahnhof, 14 h Kundgebung Schloßplatz oder Marktplatz

12. Oktober, Berlin: Zur Zukunft der Europäischen Union – die demokratische Dimension. Inhaltliche Schwerpunkte der Konferenz der RLS sind: * Die Zukunft der Europäischen Union – sozial und demokratisch? * Hauptfragen der Demokratisierung europäischer Politik * Demokratiedefizite im Prozess der Osterweiterung der EU * Das Problem der ungenügenden demokratischen Legitimation in der EU – Möglichkeiten ihrer Überwindung * Entwicklung und Stärkung einer europäischen Zivilgesellschaft * Verfassungsdiskussion in der Europäischen Union * Der Reformprozess nach Nizza – Inhalte und Modalitäten Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch mit Simultanübersetzung. Für weitere Informationen und Anfragen: Dr. Hilde Ettinger Tel.: ++4930 29781152 Fax: ++4930 29781180 E-mail: ettinger@rosaluxemburgstiftung.de

12./13. Oktober, Stuttgart: Zukunftsdebatte der Gewerkschaftslinken – bundesweite Konferenz der Vernetzungsinitative der Gewerkschaftslinken. Kontakt: Heinz-Günter Lang, Tannenburgstr. 17, 64665 Alsbach-Hähnlein, Tel.: 06257-1468, hagelang@gmx.de.

13. Oktober, Nürnberg: Demonstration „Verteidigt die demokratischen Grundrechte gegen Stoiber und Berlusconi“ anlässlich des CSU-Parteitages.

13./14. Oktober, Erkner (bei Berlin): 3. Behindertenpolitischen Konferenz der PDS

19./21. Oktober, Berlin: Eine andere Welt ist möglich. Kongress der internationalen Attac-Bewegung. Die jeweils aktuellste Fassung des Kongress-Programms ist unter www.attac-netzwerk.de/kongress zu finden. Ort: voraussichtlich Technische Fachhochschule Wedding.

21. Oktober, Berlin: Wahlen zum Abgeordnetenhaus und Bezirksparlamente

26.-28. Oktober, Hamburg: Demokratie – wo und wie? Kongress, Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), Hamburg. Es laden ein: Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Norman Paech, Prof. Dr. Herbert Schui (Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg), die überparteiliche Bürgerinitiative für Sozialismus, das Komitee für Grundrechte und Demokratie, die Redaktion „Ossietzky“ und die Redaktion „Sozialismus“. Detaillierte Informationen und das aktuelle Kongressprogramm unter www.sozialismus.de/demokratiekongress

16.-18. November, Bad Segeberg: Fluchtweg Ostsee. Konferenz des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein anlässlich seines 10-jährigen Bestehens, gemeinsam mit anderen Gruppen und Organisationen in Schleswig-Holstein. Informationen bei: www.baltic-refugee.net

17./18. November: Symposium zum PKK-Verbot. YEK-KOM und andere laden aus Anlass des achten Jahrestages des PKK-Verbots zu einem Symposium ein, auf dem die bisherigen Erfahrungen des Kampfes gegen das PKK-Verbot und weitere Schritte dagegen beraten werden sollen. Veranstalter ist der Trägerkreis der Kampagne „Verboten ist, den Frieden zu verbieten“, c/o YEK-KOM, Graf-Adolf-Str. 70a, 40210 Düsseldorf, Fax (02 11) 1 71 14 53, E-Mail: yeckom@gmx.net

23./24. November, Mannheim: Nichts mehr zu verteilen? Probleme der Verteilungspolitik im Shareholder-Kapitalismus. 8. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS. Fragestellungen: Wie muss eine Tarifpolitik aussehen, die das Zurückbleiben der Arbeitseinkommen aufhält? Welche Risiken oder Chancen birgt eine Tarifpolitik, die das Verteilungsproblem über Vermögensbildung und Fondsbeleihungen lösen will? Verliert der sozialstaat seine Rolle beim Ausgleich ungleicher Einkommensverteilung? Welche Bedeutung hat die öffentliche Daseinsvorsorge des Staates für eine gerechte Verteilungspolitik? Anmeldung bei: Konferenzbüro 8. Gewerkschaftskonferenz, c/o Regionalbüro Baden der PDS-Bundestagsfraktion, Helmut Roos, Alte Bergheimer Str. 8, 69115 Heidelberg. Tel. (0 62 21) 18 06 30, Fax (0 62 21) 18 06 31, E-Mail: PDS-BTF-Baden@t-online.de

24. November, Fulda: Wirtschaftskurs des Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Abschluss, DGB-Jugendbildungsstätte. Beginn 10.30 Uhr

28. November, Brüssel: Forum Soziales Europa (die beim letzten Treffen vorgelegten Thesen sind auf einer gesonderten Seite dokumentiert) mit den Schwerpunkten „Konkreter Stand der Arbeitsbedingungen“ und der „Rechte der abhängig Beschäftigten“. Mit Unterstützung des Fraktionsvorsitzenden der Vereinigten Europäischen Linken im Europaparlament, Francis Wurtz. (Quelle: www.sozialismus.de)

1. Dezember, Berlin: Genossenschaften – eine Chance für demokratische ReformAlternativen? 4. Workshop der PDS zur Genossenschaftsproblematik. Diskutiert werden sollen insbesondere zwei Fragen: 1. Welche Potenzen für gestaltende Politik bergen Genossenschaften bzw. der Genossenschaftsidee verbundene Projekte in sich? Wie kann linke Politik helfen, gemeinsam mit Betroffenen diese Potenzen zu heben?